

**Zeitschrift für  
anwendungs-  
bezogene  
Wissenschaft  
und Kunst**

# Die neue Hochschule

**Bund fördert  
FH-Forschung:  
4 Millionen**

**Tarif für  
Hilfskräfte:  
Skandalös**

**Wissenschaftsrat:  
10 neue Thesen**

**Promotion für  
FH-Absolventen:  
Gefahr für  
Universitäten?**

**HRK-Reform:  
Was wird aus  
der FRK?**

**Leserbriefe**





# euromex

MIKROSKOPE  
STEREOMIKROSKOPE  
MIKROTOME

SIND VON HÖCHSTER  
QUALITÄT UND  
RELATIV PREISWERT  
ZEITLICH  
UNBEGRENZTE  
GARANTIE



EUROMEX Stereomikroskop KTD  
Vergrößerung 20x und 40x



EUROMEX Mikroskop CSL mit  
eingebauter Beleuchtung.  
Vergrößerung 24x bis 640x.

BITTE FORDERN SIE  
UNSEREN FARBKATALOG  
MIT PREISLISTE AN.

euromex

Hauptniederlassung  
Papenkamp 20  
P.O. Box 736  
6800 AS Arnheim  
Holland  
Tel. 0 85-23 44 73  
Telex 75042  
Fax 0 85-23 28 33

Niederlassung  
Düsseldorf  
Mülheimer Straße 74  
Postfach 1236  
D-4030 RATINGEN  
Tel. 0 21 02-87 04 87  
Fax 0 21 02-87 04 88

## ABODIA

25 Modelle in Holz  
und Stahl für 1.000 bis  
zu 65.000 Dias  
modern - formschön  
- preiswert

## Sichtarchive

Einbauteile und  
Großanlagen nach  
Maß. Dazu sinnvolles  
Zubehör, Leuchttische  
und -boxen.



30 Sorten Hänge-  
taschen und Kassetten  
für Dias und Negative,  
glasklar und anti-  
statisch, in Reihen-  
schränken und -truhen.

Fordern Sie gratis  
Katalog und  
unverbindliche  
fachkundige  
Beratung!

### ABODIA GmbH

FABRIK FÜR  
AUDIOVISUELLE GERÄTE

POSTFACH 71 01 30  
2820 BREMEN 71  
TEL.: 04 21/65 85 70  
FAX.: 04 21/65 85 72 3

Neue Modelle und Produkte  
DIDACTA Stuttgart, Halle 8 - 8.0.216

## Betriebstechnik

# Druckluftverteilung in der Praxis

von Feldmann, Mohrig, Stapel,  
1985, DIN A 5, 180 Seiten  
58 Bilder, DM 22,-

Die Autoren schreiben aus der Praxis für die Praxis. In dem Buch werden alle wichtigen Fragen, die für die Planung, den Betrieb und die Wartung derartiger Anlagen auftauchen, ausführlich dargestellt. Die übersichtliche Gliederung, die zahlreichen Bilder und der leicht verständliche Text ermöglichen es dem Praktiker, sich sehr schnell zurechtzufinden.

Die Verluste, die durch unsachgemäße Verlegung, Wartung und Instandhaltung bei Druckluftnetzen entstehen können, sind erheblich. Deshalb ist dieses Buch für jeden Praktiker aber auch für den Planer derartiger Anlagen unbedingt erforderlich.

### Aus dem Inhalt:

- Konsequenzen einer unsachgemäßen Druckluftverteilung
- Physikalische Grundlagen
- Begriffe und Definitionen
- Planung eines Leitungsnetzes
- Art der Verlegung
- Ausrüstungen im Leitungsnetz
- Ausschreibung von Rohrleitungsnetzen
- Druckluftbehälter
- Branchenbezogene Netzcharakteristiken
- Kostenalternative Leitungsnetze
- Das Netz im Betrieb

Feldmann · Mohrig · Stapel

## Druckluft- verteilung



## Bestellcoupon

Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar(e), Druckluftverteilung in der Praxis zum Preis von DM 22,-

Name \_\_\_\_\_ Firma \_\_\_\_\_

Str., Postf. \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_



### Resch Verlag

Postfach 1260  
8032 Gräfelfing  
Telefon 089/85807-0  
Telefax 089/85807-63

**Herausgeber:** Professor Günther Edler  
(G. E.), Büschgensstr. 24, 4050 Mönchengladbach 2, Telefon und Telefax:  
(0 21 66) 34 03 55

**Verantwortlich für Buchbesprechungen:** Prof. Dr. Rainer Walden, Rochusweg 1, 4795 Delbrück, (0 52 50) 75 19

**Redaktion:** Helmut Sendner

Resch-Media Mail Verlag GmbH,  
Postfach 12 60, 8032 Gräfelfing, (0 89)  
8 58 07-41, Telefax (0 89) 8 58 07-62

**Anzeigenleitung:** Gisela Ender,  
Telefon (0 89) 8 58 07-27

Band 34, Heft 1, Februar 1993

DIE NEUE HOCHSCHULE ist die vom Hochschullehrerbund e. V. (*hnb*) unterhaltene Verbandszeitschrift (§ 13 Abs. 4 der Satzung). Verbands offiziell sind nur die vom Präsidenten oder dem Pressesprecher gezeichneten Beiträge. Alle anderen Beiträge, auch die des Herausgebers, geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder; sie entsprechen daher nicht unbedingt der Auffassung der Organe des Hochschullehrerbundes e. V. – Bundesvereinigung.

Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.

**Erscheinungsweise:** zweimonatlich

**Bezugspreise:** Jahresabonnement DM 75,- (Ausland: DM 78,-), Einzelheft DM 14,-

Bezugsaufträge für die DNH werden für ein Jahr abgeschlossen und laufen weiter, wenn sie nicht 6 Wochen vor Schluß der Laufzeit gekündigt werden.

Erfüllungs- und Zahlungsort Gräfelfing. Gerichtsstand München

**Druck:** Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5, 8000 München 40

#### **Inhalt:**

<i>hnb</i> aktuell	4
Editorial	5
Heinz Becker	
Offene Fragen im deutschen FH-System	5
Günter Sodan	
Zwanzig Jahre internationale Ingenieurpädagogik	8
Olaf Harder	
Fachhochschulen in Österreich	10
Gerd Böhme	
Evaluation zur Verbesserung der Qualität der Lehre	12
Ulrich Schmidt	
Der Bund fördert Forschung	13
Günther Edler	
Wissenschaftsrat: Zehn Thesen und ein neuer Vorsitzender	14
Meldungen	16/17
Leserbriefe	18/19
Personalialia /	
Informationen und Berichte	20/24
Bücher	24/25
Einladungen zu <i>hnb</i> -Fachtagungen	26

#### **Titelbild:**

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Simon, der bisherige Vorsitzende des Wissenschaftsrates.

#### **Hochschullehrerbund e. V.**

Rüngsdorfer Straße 4c, 5300 Bonn 2  
(02 28) 35 22 71, Telefax (02 28) 35 45 12  
Geschäftsführer: Dr. Hubert Mücke

# DIE NEUE HOCHSCHULE

## Ein Skandal? Ein Skandal!

Ist der Tarifvertrag für wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen ein Skandal?<sup>1</sup> Ohne Zweifel bedeutet er einen schweren Rückschlag auf dem Weg zur Gleichwertigkeit der Fachhochschulen; es ist ein Abschluß ohne Not und gegen den Trend. Und er ist sicherlich von den Betroffenen nicht legitimiert – oder haben die Gewerkschaften ÖTV und GEW die FH-Studierenden-Vertretungen vor Abschluß konsultiert?

Den Gewerkschaften hat die von den öffentlichen Arbeitgebern servierte Kröte, die sie vermeintlich schlucken mußten, gar nicht so schlecht geschmeckt. (Nicht alles, was schmeckt, bekommt auch!) Die Gewerkschaften sind schwer universitätslastig – nach Klientel, Handelnden<sup>2</sup> und auch Ideologie. Wie viele FH-Professoren, -Bedienstete und vor allem -Studierende sind Gewerkschaftler? Wie viele FH-Absolventen fanden bisher als Funktionäre in ÖTV und GEW einen Arbeitsplatz? Und ist nicht die Universität das Ziel hinter der weiterhin propagierten Gesamthochschule? Warum sollten die Gewerkschaften also die Fachhochschule attraktiver machen? Studentenschaften der Fachhochschulen haben sich über längere Zeit „gewerkschaftlich orientiert“ und sich so einseitig verpflichtet. Die späte Quittung für diesen Leichtsinns erhielten sie nun in Form des Tarifvertrages.

Das alles ist kein Skandal, sondern Ergebnis legitimen mitgliederorientierten Verhaltens der Gewerkschaften. Skandalös sind allenfalls die Argumente, mit denen das Ergebnis gerechtfertigt wird: Es habe an Druck der Betroffenen gegenüber der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder gefehlt, und pharisäerhaft sei es, wenn der Hochschullehrerbund sich über den Tarifabschluß empöre: Der *hnb* hält ja die FH-Professoren auch nicht davon ab, die schlechter bezahlten C2-Stellen anzunehmen, obwohl die Universitätsprofessoren mehr verdienen<sup>3</sup>.

Die Institutionen und Verbände, die sich für das Bildungswesen einsetzen, haben durchaus ein gemeinsames Interesse: Diesem für die Zukunft Deutschlands so überaus wichtigen Bereich bessere Rahmenbedingungen und vor allem eine bessere Finanzausstattung zu verschaffen. Dieser Gesichtspunkt rechtfertigt auch eine Zusammenarbeit *hnb* – Gewerkschaften. Aber innerhalb des Hochschulbereichs wird über Privilegien und Finanzen gestritten. Der Verteilungskampf zwischen Universitäten und Fachhochschulen wird intensiver.

Die Fachhochschulen verfügen hier über keine gute Ausgangsposition. Die FRK steht vor der Alternative, ihre Selbständigkeit gegen verbesserte Konditionen der Mitwirkung in der HRK einzutauschen<sup>4</sup>. Der VHW versucht sich unverdrossen im Spagat der Interessen zwischen den Hochschularten. Die kleine Minderheit gewerkschaftlich organisierter FH-Professorinnen und -Professoren wird sich nun vielleicht überlegen, ob ihr Engagement nicht wider ihre ureigensten Interessen läuft. Es bleibt allein der Hochschullehrerbund, der ausschließlich für die Fachhochschulen und ihre Mitglieder spricht.

Das Produkt Fachhochschule ist gut. Es fehlt die Bündelung institutioneller, verbandlicher und publizistischer Wirksamkeiten für die Fachhochschulen. Das ist die Ursache für den von der ÖTV und GEW bewirkten Tarif-Skandal. Ein echter Skandal ist die Unfähigkeit der Fachhochschulen und ihrer Mitglieder, sich wirkungsvoll für die Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren. (G. E.)

<sup>1</sup> Vgl. Beitrag in diesem Heft auf Seite 23 f.

<sup>2</sup> Unter den insgesamt 136 Teilnehmern an der 8. GEW-Hochschulkonferenz in Hamburg befanden sich nur fünf FH-Professoren, von denen höchstens vier der GEW angehören.

<sup>3</sup> Siehe Gregor Kursell: Gleichwertig, aber andersartig, Südd. Zeitung 30./31. 1. 1993.

<sup>4</sup> Vgl. „Was wird aus der FRK?“ in diesem Heft, Seite 21 f.

## **h**lb** am „Runden Tisch“ der SPD**

**Zum Verlauf eines ersten Gesprächs  
in Bonn am 15. 1. 1993**

Die Tischestellung im Erich-Ollenhauer-Haus war nicht eigentlich rund: Sie war vielmehr abgeschrägt eckig und nach einer Seite offen. Genau letzteres war indessen symbolisch passend zu der erklärten Absicht der Veranstalter – der Juso-Hochschulgruppen sowie der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion –, in einem über die Parteigrenzen der SPD hinausgehenden „sehr breiten Diskussionskreis“ einen Meinungsbildungsprozeß einzuleiten, in dem alle bildungspolitisch interessierten Gruppen „gemeinsam über die anstehenden wichtigen Struktur-reformen sprechen, einen Kompromiß gemeinsam tragen und so auch den Bildungsgipfel inhaltlich vorbereiten und begleiten“. So waren denn zur mehr als „Vorbereitungsgespräch“ gedachten ersten Runde nicht weniger als 46 Organisationen eingeladen. Vertreten waren demzufolge neben einer ganzen Reihe studentischer Gruppen u. a. die Kultusministerkonferenz (KMK), die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Industrie- und Handelstag, das Deutsche Studentenwerk, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Deutsche Hochschulverband (HV) und eben auch – nämlich durch seinen Präsidenten (zeitweise) und Pressesprecher (durchgängig) – der Hochschullehrerbund. Geleitet wurde das erste Gespräch des „Runden Tisches für Bildung und Beruf“ zunächst von der Sprecherin für Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion, Doris Odendahl, und später dann vom Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen, Johannes Wien.

Als erster Diskussionsredner bereits kam in der Runde *h**lb***-Präsident Brehler zu Wort, der die Gelegenheit wahrnahm, sofort eine Reihe der *h**lb***-Positionen zu umreißen, wie sie vom Pressesprecher im DNH-Heft 4/1992 als Thesen 92 dargestellt sind. Später machte der Pressesprecher noch einmal deutlich, daß es hoch an der Zeit ist, die inzwischen bereits ca. 10 Jahre alte These des Wissenschaftsrats glaubwürdig umzusetzen, wonach die Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten zwar andersartig, nichtsdestoweniger aber gleichwertig sind.

Aus dem Kreise der Studentenvertreter wurde allerdings Erwägungen heftig

widersprochen, den Ausbau der Fachhochschulen zumindest teilweise durch Umwidmung von Kapazitäten der Universitäten in den Fachhochschulbereich zu betreiben. Die Juso-Hochschulgruppen sehen überdies in den Vorstellungen der Finanz- und Kultusministerkonferenz (FMK/KMK) zur Reform des Studiums an den deutschen Hochschulen keinen „konstruktiven Vorschlag zur Behebung der Dauerkrise des deutschen Hochschulsystems“.

Eine wesentliche Rolle in der Diskussion des „Runden Tisches“ spielte dann vor allem das Ergebnisprotokoll der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 17. Dezember 1992, wonach „eine Arbeitsgruppe der zuständigen Bundesminister und der Wissenschafts- und Finanzminister der Länder“ u. a. zu folgenden Themen Entscheidungen vorbereiten soll: „Reform der Studienstrukturen vor allem zur Verkürzung der Studienzeiten“, „Größere Effizienz bei der Verwendung der öffentlichen Aufwendungen in den Hochschulen“, „Verstärkung des Wettbewerbs im Hochschulsystem“, „Priorität bei der Finanzierung des Ausbaus der Hochschulen in den neuen Bundesländern“, „Bedarf an Absolventen der beruflichen Bildung und der Hochschulen“, „Entwicklung neuer Ausbildungsangebote im dualen Berufsbildungssystem als attraktive Alternative zum Studium“, „Dauer der Schulzeit bis zum Abitur“, „Ausbau der Weiterbildung zu einem festen Bestandteil des Bildungssystems“.

Der im Gespräch des „Runden Tisches“ von verschiedenen Seiten geäußerte Vorwurf, daß offenbar Reformen im Hochschulbereich an den Betroffenen vorbei stattfinden sollen, wurde vom Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz mit dem Hinweis begegnet, diese sei in den bisherigen Meinungsbildungsprozeß durchaus schon einbezogen gewesen.

Der Vertreter der GEW – Köhler – machte geltend, daß sich der „Runde Tisch“ nicht einfach in die im Ergebnisprotokoll des Gesprächs mit dem Bundeskanzler fixierte Absichtsstruktur einbinden lassen dürfe. Vielmehr müsse der „Runde Tisch“ eine eigene Themenbildung einbringen, insbesondere dabei auch über die Reform der Studieninhalte Vorstellungen entwickeln. Köhler bot an, seitens der GEW die Tagung eines kleineren Arbeitskreises zu ermöglichen, welcher das nächste Gespräch des Runden Tisches vorzubereiten habe.

Der Runde Tisch kam im übrigen überein, das nächste „Plenar“-Gespräch am

19. Februar 1993 bei der GEW in Bonn durchzuführen.

Der saarländische Staatssekretär Pernice machte den relativ engen Zeitrahmen deutlich, wie er dem Runden Tisch zur Verfügung stehe, wenn er noch Einfluß auf den spätestens im Herbst 1993 zu erwartenden „Bildungsgipfel“ nehmen wolle: Bereits für Ende April sei in Sachen dieses Gipfels ein wichtiges Gespräch des Bundeskanzlers mit je zwei Regierungschefs aus den A- und den B-Ländern geplant; bis Mitte März müsse daher ein entsprechendes Positionspapier des Runden Tisches ausformuliert und beschlossen sein.

Interessanterweise wurde im Verlaufe des Runden Tisches am 15. Januar die Gesamthochschulidee gleichsam wiederbelebt. So erklärte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Kuhlwein (SPD), er halte die immer wieder propagierte Unterschiedlichkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulausbildung für künstlich und daher im Rahmen von Gesamthochschulen überwindbar. Unterstützt wurde er darin vom Fachhochschulstudentenvertreter Thomas Molk, der erklärte, sich die angestrebte Beseitigung der zuungunsten der Fachhochschulen bestehenden Schieflage nur bei Einbringung der Fachhochschulstudiengänge in Gesamthochschulen vorstellen zu können. Demgegenüber machte der Pressesprecher des *h**lb*** geltend, daß die Besonderheiten der Fachhochschulausbildung durchaus essentiell sind: Prägend seien hier seminaristische Methodik, Lehre in kleinen Gruppen, durchgängige Praxisorientierung und Pflege von Theorie nur so weit wie nötig und nicht – wie an der Universität – so weit wie möglich.

GEW-Vertreter Köhler, der mit Vorwürfen hinsichtlich des für wissenschaftliche Hilfskräfte unter Benachteiligung der Fachhochschulen abgeschlossenen Tarifvertrags konfrontiert wurde, sagte, es komme seiner Gewerkschaft nunmehr auf den Abbau der bekannten Schieflage an, und zwar unabhängig vom Organisationsrahmen der Fachhochschulstudiengänge.

Der Vertreter des Hochschulverbands, Prof. Quandt, erklärte gleichsam zusammenfassend, die vorgetragene Auffassung lägen gar nicht so weit auseinander, als daß man nicht eine Art große Allianz gegen unangemessene hochschulpolitische Restriktionen zustande bringen könnte.

Prof. Dr. Günter Sodian  
Pressesprecher

Die DNH ist äußerlich unverändert; neu sind innen: Drei Spalten (bisher zwei), kürzere Aufsätze, mehr Informationen und Meldungen.

Nicht gleichartig, aber gleichwertig sollen die Fachhochschulen sein. Die Bundesregierung hat es am 3. 2. 1993 bekräftigt. Schwach sind die politischen „Kräfte“, wenn es um die Realisierung der Gleichwertigkeit geht. Der *Tarifvertrag für wissenschaftliche Hilfskräfte – ein Skandal* – beweist es. Ist das ein Skandal? Der Leitartikel macht einen anderen aus: Ein Skandal ist die offenbare Unfähigkeit der Fachhochschulen zur organisierten Interessenvertretung. Wenn nun in der HRK eine Organisationsreform diskutiert wird, dann ist zu fragen: *Was wird aus der FRK?*

Die weiteren Themen des Heftes sind aktuell: Die jüngsten *zehn Thesen des Wissenschaftsrates* wurden mit einigen Hintergrundinformationen aus der letzten Pressekonferenz angereichert, die der bisherige Vorsitzende *Dieter Simon* bestritten hat. Der Wissenschaftsrat hat unter seinem Vorsitz die Bildungslandschaft stärker bewegt, als man es von diesem halbstaatlichen Kolleg gestandener Männer und weniger Frauen erwarten darf. *Simon* ist deshalb auch der erste Mann des Jahres auf dem Titelblatt dieses Heftes.

Exportartikel *Fachhochschulen: Olaf Harder*, der Konstanzer FH-Rektor beschreibt den mühsamen Entwicklungsprozeß in Österreich. *Heinz Becker*, FH-Rektor in Bochum, nahm im vergangenen Jahr an einer finnisch-deutschen Konferenz teil und warnte mit *Offenen Fragen im deutschen FH-System* davor, es unverändert in andere Länder zu übertragen.

Die *Qualität der Lehre* ist kein neues, aber ein aktuelles Thema. *Gert Böhme* berichtet über die 22. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik (AHD), und *Günter Sodan* über *zwanzig Jahre internationale Ingenieurpädagogik* (IGIP). Es wird sich zeigen, ob die offenbar unvermeidliche Evaluation an den Fachhochschulen mehr Kräfte bindet als freisetzt.

Eine ungewöhnlich starke Resonanz hatte das Interview mit Ministerin Brunn in Heft 6/92. Die *Leserbriefe* sollten gelesen werden!

Eingeladen sind die Leserinnen und Leser zu zwei *Fachtagungen*, die vom *hlb* mitgestaltet werden: Am 4. März in Herberberg und am 25. März in Köln. Nähere Angaben finden sich auf Seite 24!

Günther Edler

Heinz Becker

# Offene Fragen im deutschen FH-System

Wenn der deutsche Wissenschaftsrat – und zwar mittlerweile unbestritten – vom „Erfolgsmodell Fachhochschulen“ spricht, so muß man wahrheitshalber hinzufügen, daß der von vielen nicht erwartete Erfolg der Fachhochschulen erreicht werden konnte, obwohl bei der Geburt zwei Fehler gemacht wurden, die zahlreiche, und zwar bis heute noch nicht ausreichend beantwortete, d. h. offene Fragen hervorgerufen haben. Diese Aussage mag Außenstehende überraschen; sie entspricht aber exakt den Gegebenheiten im FH-Bereich. Ergänzend möchte ich hinzufügen: In den letzten Jahren sind die offenen Fragen immer intensiver diskutiert worden. Aber – der Erkenntniszuwachs blieb bislang noch weitgehend folgenlos. Sogar die Errichtung von Fachhochschulen in den fünf neuen Ländern Deutschlands hat nur eine wirkungslose Grundsatzdiskussion ausgelöst, so daß die bestehenden Konstruktionsfehler im FH-System der alten Bundesländer im Grundsätzlichen übertragen worden sind.

Ich möchte meine Behauptung erläutern und werde meinen Vortrag in zwei Abschnitte gliedern. Ich will die zwei Geburtsfehler darstellen und anschließend die daraus entstandenen offenen Fragen vorstellen.

## I. Die Geburtsfehler bei der Gründung der Fachhochschulen

Die Gründung der Fachhochschulen im Jahre 1971 ist – im nachhinein betrachtet – als ein Glücksfall für die Bundesrepublik Deutschland anzusehen. Das ist in Deutschland heute in weiten Kreisen die unbestrittene Auffassung. Bis zu jenem Zeitpunkt hatte das deutsche Hochschulsystem überhaupt noch nicht auf die mittlerweile immer stärker sich verändernden Umfeldbedingungen reagiert. Man erlaubte sich jahrelange Denk- und Handlungsabstinenz, obwohl schon seit Ende der 50er Jahre hochschulpolitisch interessierte Personen auf erhebliche Lehrdefizite an den deutschen Universitäten und die Notwendigkeit eines neuen Denkens hingewiesen hatten. In diesem Zeitraum beherrschte die klassische Hochschulidee eines Wilhelm von Humboldt das Denken der deutschen Öffentlichkeit, und – bis auf eine

Minderheit – glaubte man fest daran, die bestehenden Probleme lediglich durch eine symmetrische Erweiterung des Systems beseitigen zu können. Diese Idee galt sogar auch noch weiterhin, und erst in den letzten Jahren ist die Erkenntnis gewachsen, daß man mit einer hochschulpolitischen Idee aus dem 19. Jahrhundert den Anforderungen von heute nicht mehr gerecht werden kann. Denn seit Humboldt hat sich die Welt drastisch verändert, in den Universitäten ebenso wie in vielen Teilbereichen der Gesellschaft. Dazu einige Hinweise:

1. Das Studium der Philosophie diente Humboldt (1767–1834) als Leitbild seiner organisatorischen Vorstellungen. Zu seiner Zeit konnte ein Student der Philosophie sich schon nach wenigen Semestern einer philosophischen Schule anschließen und dort mitarbeiten. Bedingt durch die ungeheure Explosion des Wissens müssen in allen heutigen professionellen Studiengängen – in der Medizin wie im Recht, in der Wirtschaft wie in den technischen Disziplinen – die Studenten über lange Zeiträume ihres Studiums hinweg erst einmal das Grundwissen erwerben, ehe sie – manchmal erst kurz vor dem Diplom, in den meisten Fällen gar nicht – in den propädeutischen Forschungsprozeß einbezogen werden können. Die Lehre in den professionellen Studiengängen hat daher notwendigerweise Selbstständigkeitscharakter und benötigt eigene, auf sie abgestimmte Organisationsstrukturen.
2. Es kann nicht richtig sein, daß man in professionellen Studiengängen sich fast ausschließlich mit der Theorie befaßt und die Berufswelt vernachlässigt. In einer berufsvorbereitenden Hochschulausbildung kann man nicht die volle Breite der akademischen Theorie kennenlernen, allein schon deshalb nicht, weil die Notwendigkeit einer sachgerechten Begrenzung des Studiums besteht. Ein berufsbezogenes, d. h. ein praxisbezogenes Studium ist ex definitione keine „enge“ Ausbildung, im Gegenteil. Die Konzentration auf die reine fachliche Theorie ist „eng“ und erst dann von Vorteil, wenn noch ein Promotionsstu-

dium oder eine Assistenz­­tätigkeit angeschlossen wird. Die Praxis dagegen ist immer komplex, d. h. weist generell interdisziplinäre Bezüge auf. Die Notwendigkeit, den Praxisbezug im Studium herstellen zu müssen, erfordert aber unausweichlich Veränderungen im herkömmlichen Hochschulbereich, so z. B. auch im Berufsrecht.

3. Wenn mehr als 25 oder sogar 30% eines Jahrgangs studieren wollen und sollen, dann muß auch die Lehre anders als bisher organisiert werden. Begriffe wie beispielsweise „Hochschuldidaktik“, „Strukturierung des Studienverlaufs“, „Organisation der Leistungsüberprüfung“ kennzeichnen ein modernes Konzept. Die Lehre muß grundsätzlich aus dem Schattendasein im Leben eines Hochschullehrers heraustreten; sie ist nicht mehr nur der Appendix der Forschung. Solange noch der Satz generelle Bedeutung hat: „Lehre bringt keine Ehre“, wird man den Anforderungen unserer Zeit nicht gerecht werden können.

Aus diesen Gründen – heute nur kurz angerissen und nicht vollzählig genannt – hätte man spätestens zu Beginn der 70er Jahre völlig neue Hochschulen gründen müssen, mit welchem Namen auch immer.

Der notwendige Reformprozeß war schon lange überfällig. Dazu ist es aber nicht gekommen. Die Gründung der deutschen Fachhochschulen war kein Produkt einer neuen hochschulpolitischen Nachdenklichkeit. Die Fachhochschulen wurden ausschließlich deswegen gegründet, weil die Absolventen der Vorgängerinstitutionen, so z. B. die Absolventen der Ingenieurschulen, Schwierigkeiten bei der europäischen Anerkennung zu erwarten hatten. Es war ein Glücksfall – ich deutete es schon an –, daß die neuen Fachhochschulen viele Merkmale aufwiesen, mit denen eine neue Hochschule der modernen Industriegesellschaft – geboren aus hochschulpolitischer Nachdenklichkeit – hätte ausgestattet werden müssen. Wegen des Vorhandenseins dieser notwendigen Merkmale haben sich die Fachhochschulen ja auch so erfolgreich entwickelt. Aber: Schon bei der Geburt der Fachhochschulen waren zwei Fehler vorprogrammiert, und zwar deshalb, weil man damals noch nicht in neuen Bahnen denken konnte und wollte, weil die klassische Hochschulidee das politische Umfeld noch voll beherrschte.

Den 1. *Geburtsfehler* kann man wie folgt beschreiben: Um vollwertige Hochschulen zu erhalten, mußte man den Vorgängerinstitutionen nach einem zeitlich begrenzten Anpassungsprozeß den vollen Hochschulstatus verleihen. Wegen

des Fehlens eines neuen Bildungskonzeptes konnten die Fachhochschulen aber trotz ihrer andersartigen Zielsetzung nur durch die Überführung in die klassischen Organisationsstrukturen zu Hochschulen werden, d. h. durch die Überführung in eine Hochschulstruktur, die – wie erwähnt – aus philosophischen Gründen eine eigene berufsbezogene Lehre gar nicht kannte. Das bestehende Hochschulrecht bot überhaupt keine andere Alternative, und zu einem politisch schwierigen Abänderungsprozeß war man nicht bereit. Jeder Einwand aus dem Bereich der Fachhochschule wurde mit der Frage abgewehrt: „Wollt Ihr nun Hochschule werden oder nicht?“ Ich habe vor Jahren die Ansicht vertreten: „Vielleicht hätte man energischer sagen müssen: Hochschule ja, aber nicht Universität in verkleinertem Maßstab.“ Mittlerweile weiß ich, daß auch diese Verhaltensweise zwecklos gewesen wäre. Die Veränderung einer herrschenden Ideenwelt verlangt nicht nur Einsatz, sondern benötigt auch Zeit und einen günstigen Augenblick. Der ist oftmals dann gegeben, wenn Finanzierungsprobleme auftreten. Haben wir nicht alle in den letzten Jahren erlebt, daß dann auch ideologische Strukturen zerbrechen?

Den 2. *Geburtsfehler* beging man aus folgenden Gründen: Die Frage, ob man den Fachhochschulen Hochschulstatus geben solle, war in der Bundesrepublik Deutschland politisch äußerst umstritten. Als die Entscheidung für den Hochschulstatus gefallen war, versuchten viele Politiker, denen eine berufsbezogene Hochschule grundsätzlich suspekt war, in allen Parteien und in allen Bundesländern mit zum Teil sehr unterschiedlichen Strategien die Fachhochschulen zumindest in einer niedrigeren Rangstufe zu halten. Die klassische Bildungsidee weist ja bekanntermaßen ein starkes Berufeindlichkeitselement auf, und so war es nicht verwunderlich, daß viele Wertungen sogar ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Fachhochschulidee vorgenommen wurden. Es gelang den Befürwortern der Fachhochschulidee nicht, für die Fachhochschulen einen Status der Gleichwertigkeit im wettbewerblichen Sinne zu erreichen. Das hat den Erfolg der Fachhochschulen Gott sei Dank nicht verhindert, aber dennoch Wirkung gezeigt.

Ich bin der festen Auffassung, daß die Verweigerung der Gleichwertigkeit in bezug auf den Wettbewerb fatale Folgen für das gesamte Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland hatte. Heute wächst die Einsicht, daß auch die Universitäten ihre professionellen Studiengänge viel stärker berufsbezogen ausrichten müssen. Jetzt erst, viel zu spät, mehren sich die nachdenklichen

Stimmen sogar aus dem Universitätsbereich, angefangen von den Medizinern über die Juristen bis hin zu den Wirtschaftswissenschaftlern. Wenn in den vergangenen 20 Jahren eine echte Hochschulartenkonkurrenz möglich gewesen wäre, sähe die Hochschulwelt in Deutschland sicherlich völlig anders aus. Universitäten und Fachhochschulen haben doch – und das kann keiner bestreiten – bis zum ersten Examen ein gemeinsames Ziel, so daß grundsätzlich Wettbewerbsverhalten möglich ist: Sie bilden – wenn auch auf unterschiedlichen Wegen – Führungskräfte für die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor aus. Nun läßt sich – wie jeder weiß – über die Berufsfähigkeit von Absolventen trefflich streiten. Ich frage: Warum sollten die Hochschulen dabei nicht in einen fairen Wettbewerb eintreten? Manchem Entschädigungsträger im politischen Leben möchte man zurufen: „Stellen Sie die Gleichwertigkeit im wettbewerblichen Sinne her und lassen Sie endlich auch die Abnehmer der Absolventen stärker zu Wort kommen.“ Auch auf diese Weise lassen sich ideologische und deshalb dem Leistungsprinzip abträgliche Entwicklungen im Hochschulbereich unterbinden.

## II. Offene Fragen

### 1. Offene Fragen als Folge des 1. Geburtsfehlers

Folgende Strukturelemente beeinträchtigen die Effektivität der Fachhochschulen:

- a) Besoldung einschließlich Berufsrecht

Es ist kaum zu glauben, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, bundeseinheitlich die Besoldung einschließlich des Berufsrechts für die Fachhochschulen neu zu gestalten, d. h. dem andersartigen Hochschultyp entsprechend anzupassen. Zur Zeit gibt es im FH-Bereich z. B. zwei Besoldungsstufen, die aus den Tätigkeitsfeldern der Professoren sachlich nicht begründet werden können. Es gibt in Deutschland nur ein einziges Berufsrecht für alle Hochschularten, und das ist in all seinen Verästelungen nur auf klassische Universitäten zugeschnitten. Die dadurch in manchen Bundesländern entstandene und für die Motivation vieler Professoren äußerst abträgliche Unzufriedenheit beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit der Fachhochschulen in der Qualität der Lehre nunmehr schon über 10 Jahre.

- b) Fachbereichsstruktur

Eine weitgehend universitäre Fachbereichsstruktur kann nicht gewähr-

leisten, daß die Lehre an den deutschen Fachhochschulen auf Dauer ihren heutigen Stellenwert behält. Nachdem die Aufbau- und Konsolidierungsphase abgeschlossen ist, müssen dringend organisatorische Vorkehrungen getroffen werden, die garantieren, daß die für eine fachhochschulgerechte Lehre wichtigen Elemente optimal beachtet werden – wie beispielsweise die Strukturierung des Lehrangebots, das interdisziplinäre Arbeiten oder die Praxisbezogenheit und die Studierbarkeit des Studiums. Man könnte in diesem Zusammenhang z. B. auch an die Einrichtung von Lehrzentren mit Einbezug fachhochschulrelevanter Forschungs- und Entwicklungsaufgaben denken, denen ein größerer Autonomiebereich zugestanden werden müßte.

c) Mitarbeiterstruktur in den Fachbereichen

Grundsätzlich stammt die Mitarbeiterstruktur in den Fachbereichen der deutschen Fachhochschulen noch aus den verschiedenen Vorgängerinstitutionen: Sie ist seitdem nur peripher verändert worden und bedeutet einen schweren Wettbewerbsnachteil der Fachhochschule gegenüber der Universität.

d) Forschung an Fachhochschulen

Es ist eine Selbstverständlichkeit: In jeder Hochschule muß die Lehre mit der Forschung verknüpft sein, wobei das jeweilige Verhältnis zueinander zielbedingt unterschiedlich sein kann, d. h. auch von Hochschule zu Hochschule variieren kann. Über eine notwendige Verstärkung der Forschung in den Fachhochschulen wird zur Zeit auch deshalb heftig diskutiert, weil – wie oben angedeutet – die mit der Lehre verbundenen organisatorischen Fragen noch nicht geklärt sind. So befürchtet man z. B., daß parallel zu den gegenwärtigen universitären Grundstrukturen auch an den Fachhochschulen die Gefahr eines Ungleichgewichts zu Lasten der Lehre eintreten könnte.

Ich fasse zusammen:

Die deutschen Fachhochschulen benötigen jetzt dringender denn je, und zwar entsprechend ihrer andersartigen Zielsetzung, eine *eigene* Hochschulstruktur. Dann wären sie in der Lage, ihr Leistungspotential noch stärker als bisher zu entfalten. Ich bin diesbezüglich optimistisch, weil nicht nur die Reputation der Fachhochschulen gerade in den letzten Jahren sehr angestiegen ist, sondern auch die Hochschulstrukturdiskussionen erstaunlich stark zugenommen haben, selbst auf den allerhöchsten Entscheidungsebenen.

## 2. Offene Fragen als Folge des 2. Geburtsfehlers

Weil in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel von Marktwirtschaft geredet wird, muß es jeden Außenstehenden erstaunen, daß die Wettbewerbsfrage im Hochschulbereich über Jahrzehnte wenig Resonanz auslöste. Erst seit dem letzten Jahr, unter dem Diktat der leeren Kassen, hat die Diskussion sich qualitativ verändert. Natürlich – man muß immer noch mit einer starken Gruppe von Vertretern der Zweiklassentheorie im Hochschulbereich rechnen. Ihre Zahl jedoch ist kleiner geworden, wenn ich auch illusionslos feststellen muß, daß veraltete Denkstrukturen sich leider nicht so leicht wie aus der Mode gekommene Kleider ablegen lassen.

Wenn man dies berücksichtigt, ist man nicht erstaunt, daß folgende wettbewerbshemmende Faktoren immer noch nicht beseitigt sind:

a) Es gibt immer noch das Zweiklassenprinzip im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik: Höher bezahlte Stellen für Universitätsabsolventen, niedriger bezahlte Stellen für FH-Absolventen, und zwar ohne Berücksichtigung der Absolventenleistungen.

Die Nachfrage nach Studienplätzen an Universitäten beruht – und das ist eine Tatsache – nur unwesentlich auf der Möglichkeit eines nahtlosen Übergangs in den Forschungsbereich, ist aber für viele Studenten der einzige Weg in den besser bezahlten Dienst. In bezug auf die Lösung dieses Problems bin ich seit einigen Monaten optimistisch gestimmt. Ich habe sehr konkrete Informationen erhalten, daß eine Lösung auf allerhöchster Ebene vorbereitet werden soll.

- b) Es gibt immer eine im Vergleich zu den Universitäten mangelhafte Personalausstattung, auch unter entsprechender Beachtung der unterschiedlichen Aufgaben von Hochschulen.
- c) Es gibt immer noch die zu hohe Lehrverpflichtung der Professoren an Fachhochschulen. Mittlerweile beklagen alle diesen Mißstand, aber die Politiker haben dieses Problem nicht beseitigen können.

Zum Schluß möchte ich noch auf folgenden Aspekt hinweisen:

Newcomer haben es immer schwer, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Wir haben an den Fachhochschulen eine harte, aber erfolgreiche und deshalb auch Freude bereitende Aufbau- und Konsolidierungsphase hinter uns. Ich bin sehr optimistisch und fast sicher, daß die Fachhochschulen sehr erfolgreich ihren Weg weitergehen werden. Ich bin deshalb optimistisch, weil die Realität der Macht des ideologischen Systems von der Macht der Realität des wirtschaftlichen Systems abgelöst werden kann. Alle nichtmarktwirtschaftlich strukturierten Systeme werden unter dem Diktat der leeren Kassen in Deutschland auf dem Prüfstand landen, vom Agrarsystem über das Gesundheitssystem bis hin zum Hochschulbereich. Vor dieser Prüfung brauchen sich die Fachhochschulen nicht zu fürchten, im Gegenteil: Man wird uns in die Lage versetzen, echte Konkurrenten zu sein, um notwendige Reformen schneller als bisher voranzutreiben, da bin ich ganz sicher.

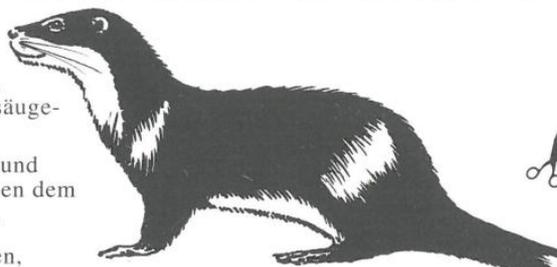
Anschrift des Verfassers:  
Professor Dr. Heinz Becker  
Rektor der FH Bochum  
Universitätsstraße 150  
W-4630 Bochum 1

## Was taucht der Otter?

Der Fischotter braucht natürliche Lebensräume. Er ernährt sich von Fischen, Krebsen, Amphibien, Kleinsäugetieren und Pflanzen.

Aber Gewässerkorrekturen und Wasserverschmutzung machen dem Otter das Überleben schwer.

Wenn Sie uns helfen möchten, neue Lebensräume für den Fischotter zu schaffen, schicken Sie uns bitte diese Anzeige.



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
e.V.



**BUND**  
Im Rheingarten 7  
5300 Bonn 3

# Zwanzig Jahre internationale Ingenieurpädagogik

Zum Jubiläum der IGIP in Klagenfurt

Die IGIP – ihre abkürzende Bezeichnung steht für „Internationale Gesellschaft für Ingenieurpädagogik“ – ist eine österreichische Initiative mit internationaler Zielsetzung. Statutengemäß möchte sie „Sammlung aller Lehrer an Universitäten und technischen Schulen, Ausbilder in der Industrie sowie weiterer Interessenten“ sein. „Zweck der Gesellschaft“ – so heißt es in der Satzung des weiteren – „ist die Förderung der Wissenschaftlichkeit der Ausbildung von Technikern“, wobei an „alle in der Technik Tätigen vom Facharbeiter bis zum Diplomingenieur“ gedacht ist. Die IGIP will der Ausbildung von Technikern „im internationalen sowie im österreichischen Rahmen dienen“ und entwickelt „eigene Initiativen in dieser Richtung“.

Die Initiativen der IGIP bestehen im wesentlichen in Organisation und Durchführung internationaler Symposien sowie diesbezüglicher Dokumentation in einer Schriftenreihe „Ingenieurpädagogik“, die beim in Hessen ansässigen Leuchtturm-Verlag erscheint. Die schriftlichen Fassungen der Referate eines Symposiums sind jeweils in einem speziell diesem Symposium gewidmeten Band der genannten Schriftenreihe abgedruckt, wobei zu rühmen ist, daß der Referateband bereits vorher gefertigt wird und den Teilnehmern in der Regel schon am ersten Tag des Symposiums zur Verfügung steht. Dieser besondere Service ist um so bemerkenswerter, als die Anzahl der Referate und somit auch Referenten eines Symposiums erheblich ist: So weist das Referatenverzeichnis des 1992 durchgeführten Symposiums nicht weniger als 117 Vortragende aus. Und was insgesamt die Anzahl der angemeldeten Symposiumsteilnehmer anbetrifft, so waren es 1992 ca. 300.

Die Teilnahme an den Symposien ist verständlicherweise keineswegs kostenlos. 1992 wurden je nach Zahlungszeitpunkt an Tagungsgebühren gefordert: von einem Nichtmitglied 250 bzw. 360 DM, von einem Mitglied oder Studenten 220 bzw. 285 DM.

Die IGIP arbeitet zweisprachig: Die Programmhefte sind sowohl in deutscher wie auch englischer Sprache verfaßt, und

teilweise wird bei Symposiumsvorträgen entsprechend Simultanübersetzung angeboten.

Bislang hat die IGIP seit ihrer Gründung im Jahre 1972 in jedem Jahr ein Symposium durchgeführt, und zwar in vierzehn europäischen Städten: Siebenmal tagte man in Klagenfurt (1972, 73, 75, 78, 81, 86, 92) zweimal in Wien (1980, 90), je einmal in Salzburg (1974), Graz (1976), Turin (1977), Zürich (1979), Ulm (1982), Villach (1983), Berlin-West (1984), Budapest (1985), im slowenischen Portoroz (1987), in Basel (1988), München (1989), Dresden (1991). 1993 wird das IGIP-Symposium in Esslingen stattfinden, und zwar anlässlich des Jubiläums „125 Jahre Fachhochschule für Technik Esslingen“. 1994 ist das Symposium in Prag geplant, und zwar als gemeinsame Veranstaltung mit der SEFI und der Tschechischen Technischen Universität. 1995 oder 1996 soll in Wien und Budapest eine Ingenieurpädagogische Weltkonferenz mit der IGIP als Hauptveranstalter durchgeführt werden.

Im übrigen war die IGIP bereits mehrfach Mitveranstalter internationaler Kongresse, so zuletzt 1992 bei der „World Conference of Engineering Education“ in Portsmouth. Ein großer Erfolg war das 1991 von der IGIP an der TU Prag über „Ingenieurcurricula am Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft“ durchgeführte Seminar. Darüber hinaus erwähnenswert ist diesbezüglich Schulung von Dozenten aus Ostländern, die 1991 in Klagenfurt stattfand.

Die besondere Bedeutung der Stadt Klagenfurt für die IGIP ist alles andere als zufällig. Hat sie doch an der dortigen Universität für Bildungswissenschaften ihren Sitz, und zwar wiederum aus gutem Grund: Die Statuten der IGIP schreiben vor, daß hinsichtlich des Sitzes der Gesellschaft der Wohnort des jeweiligen Präsidenten maßgebend ist; und Präsident ist seit Gründung der IGIP und vermutlich noch für weitere fünf Jahre der ordentliche Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. phil. Adolf Melezinek, der 1971 an die damals noch Hochschule genannte Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt auf deren „Lehrkanzel“ für

Unterrichtstechnologie berufen wurde und dessen Initiativkraft im wesentlichen die Entstehung der IGIP zu verdanken ist.

Der engere Vorstand der IGIP besteht nur aus fünf Personen: Vizepräsident ist der Wiener Universitätsprofessor Dr. Dr. Otto Hittmair; die Industrieseite ist durch Dr. Kruno Hernaut von der Siemens AG München vertreten; die weiteren beiden Vorstandsmitglieder sind Prof. Dr. Albert Haug von der Fachhochschule Ulm sowie der Wiener Stadtschulrat Dr. Harald Hofschneider. Bis zum Jahre 1985 bestand der engere Vorstand der IGIP nur aus Österreichern.

Neben dem engeren Vorstand existiert für die IGIP ein derzeit aus 17 Personen zusammengesetzter Internationaler Wissenschaftlicher Beirat. Darüber hinaus bestehen sieben fachlich orientierte Arbeitsgruppen, und zwar „Arbeiten mit Projekten“, „Mensch und Technik“, „Weiterbildung“, „Curriculum-Entwicklung“, „Frauen in technischen Berufen“, „Chemie und Umweltschutz“, „AV-Medien“. Außerdem sind – in Rücksicht auf besondere Verhältnisse in osteuropäischen Ländern – noch mehrere Ländergruppen eingerichtet: „Ungarn“, „CSFR“, „Ukraine“.

Der Präsident der IGIP wie überhaupt deren Vorstand haben über viele Jahre hinweg sehr geschickt und mit viel Fingerspitzengefühl im Geiste österreichischer Neutralitätsauffassung gewirkt, d. h. unter Wahrung westlichen Kultur- und Wissenschaftsverständnisses ziemlich spannungsfrei auch Verbindungen zum kommunistisch beherrschten Osten hin zu pflegen verstanden. So nahmen an den Symposien auch – zumeist freilich nur in geringer Anzahl – Vertreter aus der DDR teil, und bereits im Jahre 1985 fand – wie oben schon vermerkt – ein IGIP-Symposium in Ungarn statt. Allerdings stieß die Realisierung des längergehegten Plans, ein Symposium nach Dresden zu legen, auf Schwierigkeiten, so daß dort die Tagung erst nach der Wende zustande kam.

Insgesamt verlief die Entwicklung der IGIP durchaus – wie angestrebt – in kontinuierlicher Zunahme von Internationalisierung. Kamen 1973 die Teilnehmer des Symposiums in Klagenfurt noch aus „nur“ 9 Ländern, verzeichnete man 1991 in Dresden Teilnehmer aus 31 Staaten. Und nachdem in den Anfangsjahren Österreich das Gros der Referenten gestellt hatte, wurden die Symposien der IGIP dann auch hinsichtlich der Herkunft der Referenten mehr und mehr zum „internationalen Podium für Ingenieurpädagogik“. Auch offizielle internationale Anerkennung blieb nicht aus. So erhielt die IGIP z. B. den Konsultativstatus bei der UNESCO.

Kritisiert wurde wiederholt die Referateflut der Symposien: Nicht von ungefähr umfaßt z. B. der Referateband des 1992 durchgeführten Symposiums nicht weniger als 670 Seiten. Man rief nach strengeren Kriterien für die Annahme von Referaten. Indessen setzte man bei der IGIP und setzt man dort auch weiterhin hinsichtlich der Symposiumsvorträge auf Selbstregulierung in Auswirkung des Ausmaßes an Zuhörerinteresse.

Bei aller Internationalität ist die IGIP verständlicherweise nach wie vor deutlich von österreichischem Lebens- und Gesellschaftsstil geprägt. So bemüht man sich bei jedem Symposium um hochrangigen „Ehrenschatz“: Für das Jubiläumssymposium 1992 waren im Programmheft der Österreichische Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, der Österreichische Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport, der Landeshauptmann von Kärnten sowie der Bürgermeister von Klagenfurt als Schirmherrn ausgewiesen. Großen Wert legt man in der IGIP überdies darauf, daß im Rahmen der Symposien eindrucksvolle und großzügig gestaltete Empfänge für die Teilnehmer stattfinden. Im übrigen versteht man sich in Österreich, wo trotz der schon vor langer Zeit erfolgten Abschaffung der Monarchie besonders der Ehrentitel Hofrat nach wie vor sehr begehrt ist, gut darauf, Verdienste zu würdigen und Verdienste auszuzeichnen. So wurden im Rahmen des Jubiläumssymposiums von der IGIP u. a. weitere Ehrenmitgliedschaften verliehen. Besondere Ehrung erfuhr Präsident Melezinek, zumal in Zusammenhang mit seinem 60. Geburtstag.

Die Symposien der IGIP wurden und werden jeweils unter ein Generalthema gestellt. Das Jubiläumssymposium des Jahres 1992, das in den Tagen vom 15. bis 18. September stattfand, stand unter dem Motto *Der Ingenieur im vereinten Europa, wobei u. a. folgende Themenkreise behandelt wurden: „Chemie“, „Konventionelle und elektronische Speicherung technischen Wissens“, „Computer in der Ingenieurausbildung“, „Curriculumentwicklung in den Ingenieurwissenschaften“, „Postgraduale Bildung – berufslange Wissensvermittlung“, „Ingenieurcurricula am Übergang von Plan- zur Marktwirtschaft“, „Engineering Education in and for Developing Countries“.*

Eine besondere Rolle spielte auf dem Jubiläumssymposium die Fachhochschul-ausbildung, die sich seit eh und je eines besonderen Wohlwollens der IGIP erfreut: Bezeichnenderweise hat das Berliner Symposium des Jahres 1984 an der Technischen Fachhochschule und nicht etwa an der Technischen Universität stattgefunden.

Die herausragende Behandlung des Hochschultyps Fachhochschule auf dem Jubiläumssymposium hatte allerdings einen besonderen Anlaß: die geplante und diskutierte Errichtung von Fachhochschulen in Österreich und der Schweiz in Zusammenhang mit dem beabsichtigten oder zumindest erwogenen Beitritt dieser Staaten zur EG. Sind doch offensichtlich die Ingenieure, soweit sie in Österreich und in der Schweiz außerhalb des universitären Bereichs in der bisherigen Weise ausgebildet werden, im Rahmen der EG nicht anererkennungsfähig. So war der gesamte erste Nachmittag des Jubiläumssymposiums dem Thema Fachhochschule gewidmet. Zunächst stellte in der betreffenden Plenarveranstaltung Vorstandsmitglied Dr. Hernaut den deutschen Hochschultyp Fachhochschule näher dar, und zwar in sehr positiver Einschätzung, wobei er u. a. darauf hinwies, daß der Bedarf an Fachhochschulabsolventen in Zukunft weiter zunehmen wird und die Kosten eines Studienplatzes an der Fachhochschule nur ein Viertel der Kosten eines universitären Studienplatzes betragen.

Für die Schweiz referierte Direktor Bruno Widmer von der Ingenieurschule Winterthur. Seine Darstellung gipfelte in folgenden Aussagen: *„Die Schweiz befindet sich in einer Phase wesentlicher Bildungsreformen, deren Inangriffnahme und Realisierung in gut eidgenössischer Art in Schritten erfolgen wird. Es ist zu erwarten, daß die Ingenieurschulen, dank ihrer frühzeitig ergriffenen, energischen Initiative, ihr Ziel, den Status der Fachhochschulen, als erste erreichen werden. Die Schaffung einer Berufsmatura steht vor der Tür und schafft eine der Voraussetzungen zur internationalen Anerkennung der künftigen Fachhochschulen“.*

Wesentlich komplizierter liegen die Dinge offensichtlich in Österreich. Hier hängt man an der zweifellos nach wie vor geschätzten Eigenart, außeruniversitäre Ingenieurausbildung bereits in Höheren Technischen Lehranstalten zu betreiben, und zwar derart, daß die Schüler den betreffenden schulischen Abschluß bereits mit 19 Lebensjahren erreichen können. Nicht von ungefähr wird befürchtet, daß diese Höheren Technischen Lehranstalten in der EG nur als Fachoberschulen einstuftbar sind. Walter Heuritsch, Sektionschef im österreichischen Bundesministerium für Unterricht und Kunst, brach eine Lanze für das bisherige Ingenieurausbildungssystem, indem er erklärte, *„daß die Lösung von Titelfragen oder scheinbarer Imageprobleme von Auslandsösterreichern nicht zur Beseitigung eines für die Österreichische Gesellschaft und Gesamtwirtschaft bedeutenden Bildungssegments, der berufsbildenden höheren Schulen, führen darf“.*

Offenbar scheut in Österreich der Bund die Kosten für die grundsätzlich bereits beschlossene Einrichtung eines nichtuniversitären tertiären Bildungssektors. Jedenfalls sieht ein zur Diskussion gestellter Bundesgesetzentwurf für „Fachhochschulstudiengänge“, den Prof. Höllinger, Sektionschef im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, vor dem IGIP-Plenum erläuterte, keine Verpflichtung des Bundes zur Finanzierung vor, hingegen ein Akkreditierungsverfahren, in dem Anbieter von entsprechenden Studien deren Anerkennung als Fachhochschulstudiengänge beantragen können.

Im Verlaufe der anschließenden längeren Diskussion am ersten Symposiumsnachmittag warnte der Verfasser – nicht ohne Resonanz, wie es schien – vor den deutschen Fachhochschulgeburtsfehlern, und zwar unter Hinweis besonders auf die viel zu hohe Lehrverpflichtung der Professoren und die unangemessene Mindereinstufung der Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst.

Ganz öffentlich eignet sich die IGIP also durchaus auch als Forum für grundsätzliche hochschulpolitische Diskussionen. Vornehmlich bietet sie aber Gelegenheit zu ingenieurpädagogischem Erfahrungsaustausch, fruchtbaren fachdidaktischen Anregungen, Darstellung und Diskussion von Ideen zur Verbesserung der Lehre, Vermittlung von Fortschritten moderner Lehrtechnologie. Übrigens verleiht sie auch Preise für wertvolle ingenieurpädagogische Arbeiten: 1992 gehörte u. a. die Baden-Württembergische Fachhochschularbeitsgruppe LARS (vgl. DNH, Heft 1/1992, S. 7–10) zu den Preisträgern.

Fragt man nach dem wissenschaftlichen Ertrag der zwanzigjährigen Arbeit in der IGIP, so wird enttäuscht sein, wer als Antwort markante, um nicht zu sagen: sensationelle allgemeinverbindliche Aussagen, ja sozusagen das ingenieurpädagogische „Ei des Kolumbus“ erwartet. Solchem Anspruch steht schon die tolerant-pluralistische Grundhaltung der IGIP entgegen, bei der insbesondere auch ideologische Indoktrination nie eine Verbindlichkeitschance hatte.

So begnügte sich denn Albert Haug aus gutem Grund am Schluß seines Festvortrags am 15. September 1992 mit folgenden appellativen Aussagen:

- „Setzt Euch für optimale Lehre und deren Anerkennung ein!“
- „Nehmt Liegengeliebten und Neues in Eure Arbeit auf!“
- „Überlaßt die Ingenieurpädagogik nicht den Allgemeinpädagogen!“
- „Pfleget den weltweiten Kontakt, denn die IGIP-Familie ist keine geschlossene, sondern eine aufgeschlossene Gesellschaft!“

# Fachhochschulen in Österreich

## Anhörungsentwurf für das österreichische „Bundesgesetz über Fachhochschulstudiengänge (FHStG)“

Der Begriff „Fachhochschule“ hat sich als Synonym entwickelt für hochqualifizierte anwendungsbezogene Ausbildungen im tertiären Bereich an Hochschulen außerhalb der Universitäten („Non-University-Sector“) für Berufe, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden erfordern. Österreich hat nunmehr einen erneuten Anlauf unternommen, derartige Bildungseinrichtungen gesetzlich zu ermöglichen. Über den Stand der Entwicklungen in Österreich und wie diese gewertet werden können, soll im folgenden berichtet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es in Österreich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine „postsekundären“ Ausbildungseinrichtungen für ca. 19- bis 23jährige Studierende neben den Universitäten gibt. In Österreich vermitteln die weitverbreitet bestehenden „Höheren Technischen (Bundes-) Lehr- und Versuchsanstalten HTL“ im Sekundarbereich für ca. 16- bis 20jährige Schüler gleichzeitig die Hochschulreife und eine Berufsausbildung. Österreich weist im gesamten Sekundarbereich eine ähnliche Bildungsbeteiligung auf wie Deutschland.

„Die ernsthafte Absicht, einen tertiären ‚Non-University-Sector‘ einzurichten, besteht in Österreich seit zwei Jahren. Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung vom Dezember 1990 heißt es dazu u. a.:

Die Anpassung des berufsbildenden Bildungssystems an den europäischen Standard (EG-Konformität der Diplome) erfordert die Einrichtung von ‚Fachakademien‘, die den Hochschulbereich ergänzen und entlasten (. . .). ‚Fachakademien‘ sollen grundsätzlich Absolventen von höheren Schulen und jungen Facharbeitern (nach entsprechender Qualifikation) offenstehen.“

Aus Gründen der Verwechslung mit bestehenden Weiterbildungseinrichtungen wird nunmehr auch in Österreich der Begriff ‚Fachhochschule‘ verwendet.

Die Aktivitäten zur Umsetzung dieses Beschlusses liefen und laufen dabei auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Intensität. Das u. a. für die zum Sekundarbereich gehörenden berufsbildenden höheren Schulen „HTL“ zuständige Schulministerium hat dabei genauso

Konzepte erarbeitet wie das Wissenschaftsministerium. Ebenso sind einzelne Bundesländer, insbesondere Vorarlberg, sowie Technische Universitäten, vorrangig die TU Graz, aktiv geworden. Glücklicherweise liegt die Federführung zum Thema Fachhochschulen inzwischen beim Wiener Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWuF). Die bis dahin bekannt gewordenen Vorstellungen des Schulministeriums zur Einrichtung von Fachhochschulen waren praktisch unbrauchbar.

Seit ca. einem halben Jahr gibt es einen Gesetzentwurf, der sich im Augenblick im Anhörungsverfahren befindet. Die endgültige Fassung des Entwurfs dürfte ab Frühjahr 1993 in die parlamentarische Beratung gehen.

Der Anhörungsentwurf für das österreichische „Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG)“ sieht vier Hauptabschnitte vor:

1. Fachhochschul-Studiengänge (§ 1–6 FHStG). Dieser Abschnitt regelt Ziele, Grundsätze und Voraussetzungen von Fachhochschul-Studiengängen, Zugangsvoraussetzungen, Abschlüsse und Durchlässigkeiten zu anderen Bildungseinrichtungen.
2. Fachhochschulrat (§ 7–11 FHStG). Definition des unabhängigen Fachhochschulrates, seiner Zusammensetzung, Kompetenzen und Organisation. Der Fachhochschulrat mit 16 Mitgliedern stellt die oberste Anerkennungs- und Aufsichtsbehörde für Fachhochschul-Studiengänge dar.
3. Verfahren (§ 12–16 FHStG). Regelung des Verfahrens zur Anerkennung von Fachhochschulstudiengängen durch den Fachhochschulrat.
4. Schlußbestimmungen (§ 17–19 FHStG). Dieser Abschnitt enthält Strafbestimmungen sowie die Bestimmungen über die Vollziehung und das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Der Entwurf soll die Grundlage für die Entwicklung eines Fachhochschulbereiches schaffen, ohne ein Organisationsgesetz für Fachhochschulen zu sein, die der Bund, der in Österreich der gesetzliche Hochschulhalter ist, selber zu errichten und auszustatten hätte. Der Entwurf statuiert auch keine Verpflichtung

des Bundes oder der Länder zur Finanzierung von Fachhochschul-Studiengängen. Er läßt zwar all dies durchaus zu; dabei bleibt die Anerkennung von Fachhochschul-Studiengängen aber stets dem weisungsunabhängigen Fachhochschulrat vorbehalten.

Diese ungewöhnliche „Enthaltssamkeit“ der „Öffentlichen Hand“ läßt viele Vermutungen über ihre Gründe zu. Sicher ist, daß finanzielle Probleme und Verteilungsängste wohl den Hauptausschlag für den Verzicht auf die Errichtung staatlicher Fachhochschulen als neue Hochschulen neben den Universitäten gegeben haben. Kaschiert wird dies in der Begründung des Entwurfs: „Obwohl in Österreich Alternativen zu den Universitäten fehlen, wurden doch Angebote entwickelt, die als Vorläufer für einen neuen Hochschultypus gesehen werden können. Dies geschah durch verschiedene Einrichtungen (universitäre Hochschullehrgänge, schulische Angebote für Maturanten, privater Weiterbildungssektor). Grundgedanke des Entwurfs ist daher, diese Entwicklungen zu berücksichtigen und das Anbieten von Fachhochschul-Studiengängen einem weiten Kreis von Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.“

Das Fehlen einer institutionellen Absicherung der neuen Hochschulart und die Beschränkung des Gesetzgebers allein auf Vorgaben für die Anerkennung von Studiengängen scheint im derzeitigen Anhörungsverfahren einer der Hauptkritikpunkte zu sein. Der Gesetzentwurf macht auch keinerlei Aussagen zu Mindestgrößen von „Fachhochschulen“ und Mindestzahl von sinnvoll aufeinander abgestimmten Studiengängen. Hier kann, falls es dabei bleibt, für die Zukunft einer der Problembereiche bei der qualitativen Entwicklung eines Fachhochschulbereiches in Österreich liegen.

Wie schwer sich unser Nachbarland früher und teilweise noch heute mit dem Thema Fachhochschulen tut, verdeutlichen die Ausführungen von Prof. Sigurd Höllinger, Sektionschef im BMWuF und zuständig für das Konzept des FHStG, anlässlich einer Veranstaltung des Verbandes der Elektro- und Elektronikindustrie in Wien am 8. Juli 1992:

„Österreich ist einer der wenigen Staaten, die im tertiären Bildungssektor neben Universitäten keine oder nur sehr wenige Schulen haben. Vor zwanzig Jahren wurde die Entscheidung gegen einen solchen ‚nichtuniversitären Sektor‘ getroffen. Die Koalition war breit:

- Die Schulbehörde wollte ihr berufsbildendes höheres Schulwesen nicht gefährden;
- die Unternehmervertretungen wollten an den berufsbildenden höheren Schulen festhalten, da deren Absolventen

mit Qualifikationen und Lohnniveau passen;

- die Arbeitnehmervertreter befürchten, die sozialen Aufsteiger würden statt an die Universität in diese zweite Kategorie von Hochschulen abgedrängt werden;
- die Rektorenkonferenz verteidigte das Hochschulmonopol und befürchtete finanzielle Benachteiligung durch die Errichtung von Fachhochschulen.

Ende der achtziger Jahre wurde die Diskussion über eine Diversifizierung des tertiären Bildungssektors wieder aufgenommen. Ein Teil der alten Argumente gilt heute als überholt. Vor allem die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft begünstigte die Entscheidung, einen nichtuniversitären Sektor aufzubauen. Als erster Schritt ist das „Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge“ vorgesehen.

- Die folgenden Kategorien bestimmen ein Fachhochschul-Studium: mindestens sechssemestrige Studiendauer, praxisbezogene Ausbildung, Berufsorientierung statt Fächerorientierung, das Studium wird mit einem Hochschuldiplom abgeschlossen.
- Fachliche Durchlässigkeit vor und nach einem Fachhochschul-Studium ist vorgesehen. Als Zulassungsbedingung wird neben der Matura auch Berufsausbildung zugelassen. Die Absolvierung eines Fachhochschul-Studiums berechtigt zu einem Doktoratsstudium an einer Universität.
- Der Bund beansprucht kein Monopol zur Errichtung und Erhaltung von Fachhochschulen. Anbieter können Personen des öffentlichen und des privaten Rechts sein. Joint Ventures sind möglich.
- Die Akkreditierung führt ein unabhängiges Expertengremium durch, und zwar nicht als beratendes Organ eines Ministeriums, sondern als entscheidendes. Die allgemeine Rechtsaufsicht hat der Wissenschaftsminister im Einvernehmen mit dem Unterrichtsminister.“

Einige Passagen des Gesetzentwurfes und der zugehörigen Erläuterungen werden im folgenden zitiert und kommentiert:

Ziel der neuen Fachhochschul-Studiengänge ist die „wissenschaftlich fundierte Berufsausbildung“ (§ 2 Abs. 1 FHStG) versus Berufsvorbereitung bei den österreichischen Universitäten. Postuliert werden als leitende Grundsätze für Fachhochschul-Studiengänge u. a. die „Gewährleistung einer praxisbezogenen Ausbildung als gleichwertiges, ergänzendes und eigenständiges Angebot zu den bestehenden Diplomstudien der Universitäten“ und die „Vermittlung der Fähigkeit, die Aufgaben des jeweiligen

Berufsfeldes dem Stand der Wissenschaft und den Anforderungen der Praxis entsprechend zu lösen“ (§ 2 Abs. 1).

Damit verbunden wird die Forderung: „Zur Erreichung des Zieles und zur Sicherung der Grundsätze sind anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchzuführen“ (§ 2 Abs. 2).

In den Erläuterungen zu § 5 – Akademische Grade – wird zur Positionierung der Fachhochschul-Studiengänge ausgeführt: „Eigenständig“ verweist auf das gegenüber Universitätsstudien unterschiedliche Profil, „ergänzend“ auf die Tatsache, daß nicht für alle Berufsbereiche, die eine Hochschulqualifikation erfordern, universitäre Angebote bestehen, und „gleichwertig“ darauf, daß der Unterschied zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudien kein hierarchischer, sondern einer der Orientierung (wissenschaftlich-disziplinorientiert versus wissenschaftlich-berufsfeldorientiert) ist“.

---

### Noch kein Konsens über die Bezeichnung der Probleme?

---

Daß einzelne Formulierungen des Entwurfs und der zugehörigen Erläuterungen, aus der über zwanzigjährigen Erfahrung der deutschen Hochschulen betrachtet, durchaus problematisch sind, wird schon aus den im Gesetz für die Ziele und Grundsätze benutzten und oben zitierten Begriffe wie „wissenschaftlich fundiert“ und „Stand der Wissenschaft“ erkennbar. Diese Formulierungen schließen die Befähigung der Absolventen auch zum Einsatz wissenschaftlicher Methoden im Berufsfeld nur bedingt ein.

Offen bleibt im Entwurf die Bezeichnung der Abschlußdiplome. Diese bleiben einer späteren Rechtsverordnung vorbehalten (§ 5 Abs. 1). Wie die Entwicklung hier aussehen könnte, zeigen die in einem früheren Entwurf des Gesetzes benutzten Grade wie „Diplom-Elektroingenieur“!

Die Zulassungsvoraussetzungen sind gegenüber den Zugangsvoraussetzungen zu den Universitäten erweitert: „Fachliche Zugangsvoraussetzung zu Fachhochschul-Studiengängen ist der Nachweis einer erfolgreich abgelegten Reifeprüfung, Studienberechtigungsprüfung oder eine facheinschlägige berufliche Qualifikation“ (§ 4 Abs. 2 FHStG). In Österreich gibt es als bisher einzige und einheitliche Alternative zur Reifeprüfung (Matura) nur die sog. Studienberechtigungsprüfung. Der Entwurf sieht nun vor, daß im Fachhochschulbereich daneben dezentral weitere Zugangsformen

entwickelt werden sollen. Die Erläuterungen führen hierzu aus: „Dadurch können besondere Zielgruppen (Absolventen des dualen Systems und mittlerer berufsbildender Schulen sowie Berufstätige, für die ein Fachhochschulstudium eine Weiterbildungsaktivität darstellt) adäquater berücksichtigt werden“. Diese sicherlich im Grundsatz positive „soziale Öffnung des Hochschulbereichs“ – so die Begründung – ist aber durch ihren einseitigen Bezug auf den Fachhochschulbereich für die zukünftige nationale und internationale Reputation der neuen Hochschulen eher kontraproduktiv und außerdem durch ihre weitgehende Beliebigkeit für die qualitative Entwicklung der neuen Fachhochschulen nicht ungefährlich.

Positiv zu vermerken ist, daß der „akademische Grad zum Doktoratsstudium an einer Universität berechtigt“ (§ 5 Abs. 2). Wie sich dann aber die hierzu vorgesehenen Ausführungsregelungen in der Praxis einspielen werden, bleibt abzuwarten: „Die in Betracht kommenden Doktoratsstudien und, sofern erforderlich, die Absolvierung zusätzlicher Lehrveranstaltungen und/oder Prüfungen, werden vom Fachhochschulrat nach Anhörung der zuständigen akademischen Behörde im Anerkennungsbescheid des Fachhochschul-Studienganges festgelegt“ (§ 5 Abs. 2). Die eventuellen „Erfordernisse“ können ja durchaus auch sachfremd zu Abschottungen genutzt werden.

Trotz aller Schwächen des Gesetzentwurfes würden die neuen österreichischen „Fachhochschulen“ dann, wenn das nun im Begutachtungsverfahren befindliche österreichische Fachhochschulstudienengesetz in der vorliegenden Fassung zur Verabschiedung kommt, durchaus in vielen Punkten mit den deutschen Fachhochschulen vergleichbar sein.

Besonders weit sind die Vorarbeiten zur Errichtung einer Fachhochschule in Vorarlberg gediehen. Das schon 1991 entwickelte Vorarlberger Konzept für einen sofortigen Einstieg in eine österreichische „Fachhochschulausbildung“ nutzt die derzeit bestehenden Möglichkeiten des österreichischen Hochschulrechts aus. Hier gibt es das Instrument des sogenannten „Studienversuchs“ an einer Universität. Die Studenten eines Studienversuchs sind an der Hochschule immatrikuliert und absolvieren ein Hochschulstudium, das mit einer akademischen Abschlußprüfung endet. Sie erhalten allerdings nur einen recht eingeschränkten Diplomgrad, der beim Vorarlberger Modell z. B. mit „Diplom-Techniker für Fertigungsautomatisierung“ bezeichnet wird.

Die Studienleistungen aus dem Studienversuch werden, da es sich um ein

Hochschulstudium handelt, auf ein eventuelles weiterführendes Diplom-Studium an der Universität angerechnet. Dementsprechend können diese Studienzeiten, in Anlehnung an das deutsch-österreichische Äquivalenzabkommen, natürlich auch auf ein weiterführendes Diplom-Studium an einer deutschen Fachhochschule angerechnet werden. Für die Absolventen eines derartigen Studienversuches würde so aber auch die von Vorarlberg gewünschte Möglichkeit geschaffen, ein Fachhochschul-Diplom mit allgemeiner Anerkennung in der EG zu erwerben. Dies ist für den Fall wichtig, daß sich die Errichtung eigener österreichischer Fachhochschulen verzögert, an denen die Studenten eines solchen Studienversuchs weiterstudieren könnten.

### **Struktur der Studiengänge ähnlich wie in Baden-Württemberg?**

Eine Arbeitsgruppe der TU Graz hat gemeinsam mit der FH Konstanz und dem Land Vorarlberg ein der o. g. Idee entsprechendes Studienkonzept entwickelt. Bereits zum WS 1992/93 ist der Studienversuch der TU Graz mit einem siebensemestrigen (Einschluß eines Praxissemesters im Hauptstudium), interdisziplinären Studiengang „Fertigungsautomatisierung“ als Hochschulstudium im vorarlbergischen Dornbirn gestartet. Der Studienversuch ist bewußt als erster Einstieg in einen österreichischen Fachhochschulbereich gedacht. Für diejenigen Absolventen, die ein deutsches Fachhochschul-Diplom erwerben wollen, wird die Fachhochschule Konstanz zu gegebener Zeit voraussichtlich eine entsprechende Weiterstudienmöglichkeit von ca. zwei Semestern anbieten.

Die weiteren Planungen in Vorarlberg sehen den Aufbau einer Fachhochschule mit ca. 1000 Studienplätzen und ca. vier aufeinanderbezogenen Studiengängen aus den Bereichen Technik, Wirtschaft und Gestaltung unter weitgehender finanzieller Beteiligung des Landes vor. Die Struktur der Studiengänge wird in vielen Punkten mit der Struktur der Studiengänge in Baden-Württemberg übereinstimmen. Wenn sich die bisher positiv begonnene Entwicklung in Vorarlberg fortsetzt, wird die Fachhochschule Konstanz mit dieser neuen Hochschule in der Euregio Bodensee in Zukunft eng zusammenarbeiten.

*Anschrift des Verfassers:*  
Prof. Olaf Harder  
Rektor der Fachhochschule Konstanz  
Brauneggerstraße 55  
7750 Konstanz

Gert Böhme

# **Evaluation zur Verbesserung der Qualität der Lehre**

## **und weitere Maßnahmen**

### **Bericht über die 22. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Hochschuldidaktik (AHD) vom 9. – 10. 10. 92 an der FU Berlin**

Bereits 1990 und 1991 hat die AHD ihre Jahrestagungen mit den Titeln „Der Ort der Lehre in der Hochschule“ und „Lehrkultur und Qualität der Akademischen Lehre“ diesem Themenkomplex gewidmet. Im „Bielefelder Memorandum“ (1990) wurden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen sich die Lehre an den Universitäten verbessern läßt. Zusammen mit der EMNID-Umfrage des „SPIEGEL“ wurde damit eine Diskussion in Gang gesetzt, die unterdessen auch Gegenstand politischer Überlegungen geworden ist: Im Hinblick auf die expandierenden Studentenzahlen und Studienzeiten an den Universitäten suchen die Kultusverwaltungen nach praktikablen Instrumenten zur Kosteneindämmung bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung der Ausbildung. Dabei wird einer Evaluation der Lehre, dokumentiert durch regelmäßige Lehrberichtserstattung, ein besonders hoher Stellenwert zugeordnet.

Diesen Überlegungen entsprechend waren die Arbeitsgruppen thematisiert: Evaluationskonzepte in Deutschland; Studentische Evaluation; Nicht-standardisierte Evaluationsverfahren; Interne und/oder externe Evaluation; Evaluation der Lehre in den neuen Bundesländern; Zur Evaluation von Frauenstudien und Frauenforschung; Evaluation an Fachhochschulen; Verzahnung unterschiedlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre; Lehrberichte und Lehrberichtserstattung; Materielle und immaterielle Anreize zur Verbesserung der Qualität der Lehre; Reformstudiengänge als Alternative zu traditionellen Studiengängen am Beispiel Medizin an der FU Berlin; Kreatives Schreiben in den Wissenschaften; Strategien der Umsetzung fächerübergreifenden Lehrens und Lernens; Tutoren-Programme als Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Lehre.

Für die Fachhochschulen wurden vom Verfasser die folgenden zehn Thesen zu dieser Thematik aufgestellt:

1. Lehre besitzt im Selbstverständnis der Fachhochschulen einen hohen Stellenwert.

2. Die Qualität der Lehre an den Fachhochschulen stützt sich derzeit auf drei Komponenten:
  - es gibt keine Massenveranstaltungen;
  - die Studienziele sind praxis- und berufsfeldorientiert;
  - die Studienzeiten halten sich in ökonomisch vertretbaren Grenzen.
3. Evaluationsinstrumente können zur Behebung individueller didaktischer Mängel beitragen, als gesetzliche Maßnahme für eine systematische Verbesserung der Lehre sind sie absolut ungeeignet.
4. Die Fachhochschulen streben eine Professionalisierung der Lehre gleichermaßen an wie eine Professionalisierung der Forschung.
5. Die Professionalisierung der Forschung ist an den Fachhochschulen nurmehr eine Frage der Infrastruktur, speziell der Institutionalisierung der Lehre hingegen erfordert einen grundlegenden Bewußtseinswandel und bedarf der Schaffung gesetzlich verankerter Anreizsysteme im Rahmen der allgemeinen Aufwertung des hochschulspezifischen Prestiges der Lehre.
6. Forschungskompetenz impliziert nicht Lehrkompetenz.
7. Professionelle Lehrkompetenz ist an allgemein anerkannten, hochschuldidaktisch relevanten Standards konkret festzumachen.
8. Zur Profilierung eines Hochschulprofessors in der Lehre sind von den Ländern die dazu erforderlichen Weiterbildungsrichtungen bereitzustellen.
9. Professionelle Lehre ist ebenso erlernbar wie evaluierbar.
10. Eine dem Leistungsprinzip verpflichtete, professionelle Lehre wird über Pilotprojekte hinaus nur dann Bestand haben, wenn sie durch eine an der Leistung orientierte Besoldungsstruktur untermauert wird.

Danach läßt sich die Situation der Fachhochschulen mit der Problematik an den Universitäten nicht vergleichen. Die Kultus- und Finanzminister der Länder haben dieser Tatsache erst kürzlich in ihrem Brief an die Bundesregierung Rechnung getragen, indem sie dafür plädierten, die Gewichte zwischen Universitäten und Fachhochschulen so zu verschieben, daß der Anteil der Studienanfänger Fachhochschulen/Universitäten in den nächsten Jahren auf 35 zu 65 erhöht wird. Die Qualität und Ökonomie der Fachhochschul-Ausbildung ist also nicht nur von Industrie und Wirtschaft voll anerkannt.<sup>1</sup>

Die Fachhochschulen wären deshalb gut beraten, die gegenwärtig geführte Diskussion um die „Qualität der Lehre“ selbstbewußt und mit eigenem Verständnis zu führen. Es ist in keiner Weise gerechtfertigt, in dieser Sache Fachhochschulen und Universitäten „in einen Topf“ zu werfen. Das betrifft auch und insbesondere eine generelle Evaluation der Lehrveranstaltungen als amtlich verordnetes Steuerungsinstrument. Ob damit eine Qualitätssteigerung an den Fachhochschulen bewirkt werden kann, muß stark angezweifelt werden.

Die Beratungen in der FH-Arbeitsgruppe der AHD-Tagung konzentrierten sich auf hochschuldidaktische Überlegungen und Maßnahmen, welche den fachhochschulspezifischen Bedingungen entsprechen. Im Mittelpunkt standen dabei Voraussetzungen und Kriterien für eine professionalisierte Lehre sowie Fragen der Selbstevaluation und Eigenverantwortung bei Lehrenden. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf eine dringend erforderliche Verbesserung der Infrastruktur (maximale Gruppengröße: 25; für Praktika und Übungen

10–15; bessere Personalstruktur auf allen Ebenen und günstigere Raumausstattung). Statt der geplanten Lehrberichte sollten vielmehr Studienberichte erstellt und ausschließlich hochschulintern bewertet werden. Besondere Betonung fand die Forderung nach einer Aufwertung der didaktischen Kompetenz bei Berufungen. Hierfür wären Operationalisierungs-Instrumente zu entwickeln, ein fachhochschulspezifisches didaktisches Anforderungsprofil zu präzisieren und die Bereitschaft zur didaktischen Fortbildung einzufordern. Die einschlägigen Fortbildungseinrichtungen (Grundkurse, Medientechnik, Fachdidaktik etc.) müßten dazu im Rahmen einer institutionalisierten didaktischen Fortbildung von den Ländern bereitgestellt werden.

Was diese Institutionalisierung angeht, ist ein deutliches „Süd-Nord-Gefälle“ der Bundesländer zu beobachten. Baden-Württemberg und Bayern verfügen seit über 20 Jahren über institutionalisierte Einrichtungen, welche eine permanente didaktische Fortbildung der FH-Professoren ermöglichen – insbesondere Einführungskurse für neu berufene Kollegen –; die Geschäftsstelle Hochschuldidaktik an der FH Karlsruhe initiiert und steuert außerdem eine größere Zahl einschlägiger Projekte im Rahmen eines zusätzlich aufgelegten, großzügig bemessenen Förderungsprogramms „Leistungs-Anreiz-Systeme in der Lehre“ (LARS). Vor dem Hintergrund baden-württembergischer Erfahrungen sind derzeit u. a. Überlegungen im Gange, eine Professionalisierung des hochschulgemäßen Lehrens auf einer wissenschaftlich, praxisorientierten Grundlage zu entwickeln und die dafür erforderlichen Maßnahmen und Einrichtungen bereitzustellen.

*Anschrift des Verfassers*  
Professor Dr. phil. Gert Böhme  
Am Hofrain 15  
W-7743 Furtwangen 6

Ulrich Schmidt

## Der Bund fördert Forschung

### Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen

Durch Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 7. Oktober 1992 sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, die im Bundeshaushalt 1992 für die Förderung von anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen zur Verfügung stehenden Mittel zu verausgaben. Damit standen kurzfristig 5 Mio. DM für die Förderung der Drittmittelfähigkeit vor allem an den Fachhochschulen in den neuen Ländern zur Verfügung. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen die Mittel u. a. eingesetzt werden

- für die Vorbereitung (Konzeption, Planung, Antragerstellung) von Projekten der angewandten Forschung und Entwicklung, für die Drittmittel eingeworben werden sollen (sogenannte „Vorlaufkosten“),
- als Sachmittel für einzelne Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung (Geräte, Meßtechnik u. ä.),
- für die Vorbereitung und Durchführung des grenzüberschreitenden Wissens- und Personaltransfers,
- für die Freistellung von Fachhochschulprofessoren bzw. deren Vertretung für Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat die Länder und die Fachhochschulrektorenkonferenz umgehend von diesen Förderungsmöglichkeiten unterrichtet. Die Anträge sollten von den Hochschulen mit einer Befürwortung durch das zuständige Ministerium des Sitzlandes an den Bund weitergeleitet werden.

Bis Ende Oktober 1992 sind mehr als 300 Anträge eingegangen, die der Fachhochschulrektorenkonferenz, die sich zur Begutachtung bereiterklärt hatte, zugeleitet worden sind. Insgesamt wurden 194 Anträge mit einem Gesamtvolumen von mehr als 30 Mio. DM von den Gutachtern als förderungswürdig eingestuft und in eine Rangliste gebracht. Mit den zur Verfügung stehenden 5 Mio. DM konnten lediglich 59 Anträge bewilligt

<sup>1</sup> Vergleiche dazu auch die Stellungnahme der FRK zur gegenwärtigen hochschulpolitischen Diskussion über den Stellenwert und die Qualität der Lehre (siehe DNH, Heft 6/91).

Planen Sie Besichtigungs-Studienfahrten oder Exkursionen nach Norddeutschland?

Es bietet sich Ihnen als Ausgangspunkt an:

### Hamburg

Im Herzen der Stadt, 100 m vom Hauptbahnhof, ruhig und preiswert für Studiengruppen. Jetzt auch Zimmer mit Dusche.

**Hotel Pension Kieler Hof**  
**Bremer Reihe 15, 2000 Hamburg 1**  
**Telefon (0 40) 24 30 24**

Bitte fordern Sie Angebote und Prospekte an.

werden. Von den Bewilligungen entfallen 20 auf Fachhochschulen in den neuen Ländern mit einem Gesamtbetrag von 1,7 Mio. DM. Das Anliegen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, die Förderung vorrangig den neuen Ländern zugute kommen zu lassen, wurde damit erfüllt. Der Anteil ist mit rund einem Drittel überproportional hoch.

Die zur Verfügung stehenden Mittel sind voll ausgeschöpft worden. Die große Zahl der Anträge, die von keinem der Beteiligten vorausgesehen worden war, zeigt den Bedarf und die Notwendigkeit dieses Programms zur Förderung von anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen. Das Programm wird im Jahr 1993 fortgesetzt. Im Bundeshaushalt stehen hierfür 4 Mio. DM zur Verfügung. Die Länder und die Fachhochschulrektorenkonferenz sind darüber informiert worden. Etwaige Anfragen sollten daher zunächst an die jeweilige Hochschulleitung oder die zuständige Landesbehörde gerichtet werden.

*Anschrift des Verfassers:*

Ministerialrat Dr. Ulrich Schmidt  
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft  
Heinemannstraße 2  
5300 Bonn 2

Günther Edler

## Wissenschaftsrat: Zehn Thesen und ein neuer Vorsitzender

Der Wissenschaftsrat hat in seiner Sitzung am 22. 1. 1993 den Münchener Zoologen Professor Dr. Gerhard Neuweiler zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von Professor Dr. Dieter Simon, dem es gelungen ist, dem Wissenschaftsrat – und damit der Hochschulpolitik – einen wesentlich höheren Stellenwert in der Öffentlichkeit zu verschaffen.



Professor Dr. Gerhard Neuweiler, Lehrstuhl für Zoologie und Vergleichende Anatomie am Zoologischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München, Vorsitzender des Wissenschaftsrates

wurden. Die Vollversammlung des Wissenschaftsrates hat diesen Vorschlag nicht aufgegriffen. Die wissenschaftliche Kommission war dafür, die Verwaltungskommission (d. h. die Staatsseite) jedoch war einhellig dagegen; und die wissenschaftliche Kommission hat mit großem Vergnügen vernommen, es sei die Aufgabe des Staates, die Hochschulen hinreichend zu finanzieren. Das sei schon immer die Auffassung der wissenschaftlichen Kommission gewesen, und es sei nur ein Verzweiflungsvorschlag gewesen, weil der Staat seiner Finanzierungspflicht nicht nachkommt.

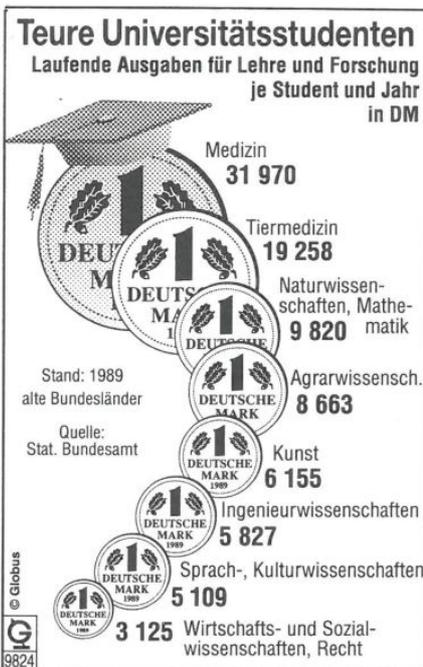
Nun kommen Studiengebühren nur noch als Strafaktion daher: „Wenn die studienorganisatorischen Bedingungen ein Studium in der Planstudienzeit gewährleisten, kommen bei Überschreitung der Planstudienzeit um zwei Semester Studiengebühren in Betracht.“ Simon konzedierte, daß dieses Modell vom Vollzeitstudenten ausgeht, vom „Teilzeitstudenten“ wisse man noch zu wenig – das „Studium als Lebensform“ sei hier nicht berücksichtigt. Es komme eben immer wieder vor, daß die Mitglieder einer Kommission – hier des Wissenschaftsrates – ihre eigenen Erfahrungen und Vorstellungen auf die Zukunft übertragen.

Mit dem Gesamtkonzept spricht sich der Wissenschaftsrat für die Verbesserung der Studienbedingungen und den gezielten Ausbau der Fachhochschulen aus. (Das Konzept des Wissenschaftsrates präzisiert aber nicht, worin die Verbesserung der Studienbedingungen an Fachhochschulen bestehen sollen!) Simon sah selbst den Widerspruch dieser Kernthese und den weiteren Empfehlungen, die der Wissenschaftsrat verabschiedet hat, nämlich zu neuen technischen Fakultäten in Freiburg und Kiel und zu neuen technisch orientierten Studiengängen in Lübeck und Mannheim sowie zur Aufnahme der Universität Frankfurt/Oder in die Hochschulbauförderung.

Als Resümee seiner vierjährigen Amtszeit als Vorsitzender des Wissenschaftsrates zeigte sich Simon äußerst skeptisch, ob es den beteiligten Korporationen – den Universitäten und dem Staat – gelingen würde, sich selbst zu reformieren. Das vorgeschlagene Zweiphasen-Modell könne nur zum Erfolg werden, wenn die erste Phase inhaltlich

Neuweiler war bisher Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates; er ist den DNH-Lesern schon aus dem Bericht über die Jahresversammlung 1992 in Rostock bekannt (DNH 3/92, Seite 20 f.).

Professor Simon verabschiedete sich am 26. 1. 1993 von der Wissenschaftspressekonferenz (WPK) in Bonn insbesondere mit der Vorstellung der zehn Thesen zur Hochschulpolitik. Ein Entwurf dieser Thesen war im Dezember 1992 der Presse zugespielt worden und hatte viel Resonanz hervorgerufen, weil darin als Teil des Gesamtkonzepts zur Finanzierung des fehlenden Milliarden auch Studiengebühren vorgeschlagen



Für die künftigen Ärzte müssen die Finanzminister besonders tief in die Tasche greifen. Was das Medizinstudium so teuer macht, ist der hohe personelle und apparative Aufwand, der in Universitätskliniken und anderen medizinischen Einrichtungen von Hochschulen getrieben werden muß. Am wenigsten gibt der Staat für Studenten der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften aus.

## Wissenschaftsrat – Gesamtkonzept zur Strukturreform im Hochschulwesen<sup>1</sup>

- Grundlage der Hochschulzulassung soll weiterhin die Hochschulzugangsberechtigung bleiben. Bei den Auswahlentscheidungen in zulassungsbeschränkten Studiengängen sollen Leistungskriterien ein stärkeres Gewicht erhalten. In geeigneten Studiengängen mit Numerus clausus sollen die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, die Bewerber nach studiengangsspezifischen Anforderungen auszuwählen.
- Die Fachhochschulen sollen gezielt ausgebaut werden und ihr Fächerspektrum erweitern. Vorgeschlagen werden unter anderem Studiengänge für angewandte Naturwissenschaften, Rechtswissenschaft, Sprachen kombiniert mit Landeskunde und Wirtschaftswissenschaften sowie neuartige FH-Studiengänge für nichtärztliche Gesundheitsberufe.
- Die Studiengänge der Verwaltungshochschulen sollen über den Bedarf des öffentlichen Dienstes hinaus für weitere Bewerber geöffnet werden. Diese bislang ressortinternen Hochschulen sollen in das allgemeine Hochschulwesen überführt werden. In geeigneten Fächern sollen spezifische Teilzeitstudiengänge für Studenten angeboten werden, die Berufsausbildung oder Berufstätigkeit mit einem Studium kombinieren wollen. Ein Modell sind die Berufsintegrierenden Studiengänge an Fachhochschulen, die gezielt ausgebaut werden sollen.
- An den Universitäten soll das Studienangebot in zwei Phasen strukturiert werden. Eine verschlankte erste Phase soll in einer Planstudienzeit von acht bis neun Semestern, in Ausnahmefällen in zehn Semestern, studierbar sein und mit dem Diplom, dem Magister oder dem Staatsexamen abschließen. In der nachfolgenden zweiten Phase des Universitätsstudiums soll der wissenschaftliche Nachwuchs für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft durch aktive Beteiligung der Graduierten an der Forschung ausgebildet werden. Diese zweite Phase soll mit der Promotion abschließen.
- Für die Studenten des ersten bis vierten Semesters sollen begleitend zu den Vorlesungen vermehrt Tutorien angeboten werden. Zur Behebung von Engpässen im Lehrbetrieb sollen vermehrt Lehrbeauftragte beschäftigt werden. Außerdem sollen zusätzliche Lehraufträge an Professoren und Assistenten vergeben werden, die hierfür Überstundenvergütungen erhalten sollen. Frühestens nach dem zweiten Semester und spätestens nach dem vierten Semester sollen alle Studenten eine Zwischenprüfung ablegen.
- Die Fachbereiche sollen auf die Studierbarkeit der Studienordnungen verpflichtet werden. Studieninhalte und -organisation sollen ebenso wie die Zahl der Prüfungsleistungen und die Anforderungen an die Examensarbeit auf die Planstudienzeit abgestimmt werden. Wenn die studienorganisatorischen Bedingungen ein Studium in der Planstudienzeit gewährleisten, kommen bei Überschreitung der Planstudienzeit um zwei Semester Studiengebühren in Betracht. Für ein Zweitstudium soll die Einführung von Studiengebühren geprüft werden.
- Zur Begleitung der Forschungsarbeit der Graduierten sollen die Fachbereiche ein strukturiertes Graduiertenstudium anbieten, das teilweise durch Verlagerung aus den heutigen Diplom- und Magisterstudiengängen, teilweise durch neue, dem Graduiertenstudium angemessene Kurse, Seminare und Kolloquien entsteht . . .
- Zur Information der Öffentlichkeit sollen die Fachbereiche regelmäßig Lehrberichte mit den wichtigsten statistischen Daten über die Bedingungen und die Leistungen in der Lehre vorlegen. Dazu gehören auch Ergebnisse der Bewertung der Studienziele, der Studienorganisation und der Lehre durch die Studenten und Absolventen.
- Die hochschulinterne Evaluation soll durch eine hochschulexterne Evaluation durch einen beim Wissenschaftsrat eingerichteten „Ausschuß Lehre“ aus Mitgliedern des Wissenschaftsrates und Sachverständigen aus Hochschulen und Berufspraxis ergänzt werden. Als besonders dringlich wird die Evaluation der inzwischen in großer Zahl an Universitäten und Fachhochschulen eingerichteten Aufbaustudiengänge eingeschätzt, die die Gesamtstudienzeit verlängern und Ressourcen binden.
- Die Stellung der Hochschulleitungen und der Dekane soll durch längere Amtszeiten, attraktive Amtszulagen, mehr Kompetenzen bei der Mittelvergabe und eine angemessene Personalausstattung der Dekanate gestärkt werden. Die Dekane sollen für die Organisation der Lehre und der Prüfungen, die Prüfungsämter, die Lehrberichte und die Studienberatung zuständig sein.
- Die Finanzierung der Hochschulen und Fachbereiche soll sich stärker an den Leistungen in der Lehre orientieren. Kriterien dafür sind unter anderem die Zahl der Studenten in der Planstudienzeit, die Zahl der Examina und die Ergebnisse der Evaluationen.

reformiert wird und nicht nur ein Teil des bisherigen Studienganges abgeschnitten wird. Die erste Phase dürfe nicht zur „Dummenschule“ werden. Ein weiteres Beispiel der Reformunfähigkeit der Universität sei, daß sie nicht zwischen Lehr- und Forschungsprofessuren unterscheiden wolle, obwohl bekannt sei, daß die Masse beachtlicher Forschungsarbeiten von etwa 10 v. H. der Professoren kämen. Als Beispiel für die Reformunfähigkeit der staatlichen Seite führte Simon den gescheiterten Versuch an, eine bundesweite „Stiftung Lehre“ zu gründen, die nicht nur die Lehre zu evaluieren, sondern auch als Mittelvergabeinstanz tätig werden sollte. Da hätten ja die KMK-Mitglieder Kompetenzen abgeben müssen. So soll nun nur ein „Ausschuß Lehre“ beim Wissenschaftsrat eingerichtet werden. Weitere Beispiele der Reformunfähigkeit der Korporation Staat lieferte Simon mit den Themen „Zulassung“ und „Lehrkörperstruktur“. Es sei beim Abitur geblieben, und am Lebenszeitprofessor sei auch nicht gerüttelt worden.

Der Wissenschaftsrat sei ein Beispiel für die gegenseitige Umklammerung von Hochschule und Staat – der Globalhaushalt komme deshalb nicht voran. Der Bildungsbereich erinnere in seiner derzeitigen Konstitution an einen mittelalterlichen Ritter, der sich und sein Pferd so gepanzert haben, daß sie von einem Bauern mit dem Stock umgestoßen werden können. Nur der Bauer fehle in der derzeitigen Bildungslandschaft. Muß man dann hoffen, daß die Universität selbst vom Pferd fällt? – so lautete eine Journalisten-Frage. Simon meinte, die Universitäten bekämen auch vom Bildungsgipfel keinen Pfennig mehr; die Dinge müßten sich erst wirklich krisenhaft zuspitzen. Von gefährlicher Krise könne so lange keine Rede sein, wie die Hochschulabsolventen noch gut ausgebildet würden.

Das Thema des Verhältnisses Universität – Fachhochschule blieb in der Pressekonferenz nicht ausgespart. Die jetzt verabschiedeten Thesen wären keine Handreichung zu einer weiteren Konvergenz der Hochschularten (Simon). Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, die Universitäten würden parallele Studienangebote und -strukturen zu denen der Fachhochschulen aufgeben. (Beispiele: Tourismus an Fachhochschulen, Freizeit – BWL an Universitäten“ – Programm „Student in der Praxis“ an bayerischen Universitäten) „Lieber glauben wir an den Weihnachtsmann.“ Der Wissenschaftsrat habe aber in die Thesen einen zweiten Satz eingeschmuggelt: Wo es nicht möglich ist, diese parallelen Studienangebote zu vermeiden, sollten sie an den Universitäten zu denselben Bedin-

<sup>1</sup> Wissenschaftsrat Pressemitteilung 1/93

gungen wie an den Fachhochschulen angeboten werden. Was dann in der Praxis hieße, daß die Universitätsprofessoren in solchen universitären Studienangeboten eine Lehrverpflichtung von 16 Stunden hätten – wie an den Fachhochschulen.

Die Attraktivität der Fachhochschulen durch eine Reform der Beamtenbesoldung zu verbessern – das ist in den Thesen nicht thematisiert. Die Finanzminister würden hier fragen, ob der Wissenschaftsrat keine anderen Sorgen hat. Also sind die Empfehlungen auf diesem Auge blind.

Erfrischend war die Ära Simon des Wissenschaftsrates; seinem Nachfolger Neuweiler fällt ein schwieriges Erbe zu. Daß seine Ideen nicht minder originell sind, hat er bereits belegt. Dank dem bisherigen Vorsitzenden, und Glückauf dem neuen!

## Meldungen

### Mehr Studenten, weniger Studienanfänger

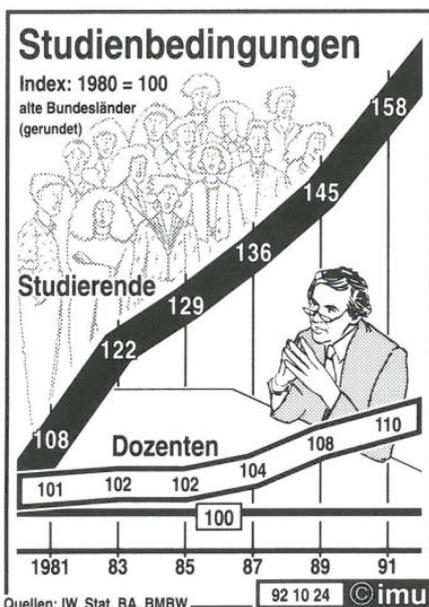
#### Fachhochschulen insgesamt stabil

Die Zahl der eingeschriebenen Studenten in den HRK-Mitgliedshochschulen hat sich im Wintersemester 1992/93 auf insgesamt 1 777 343 erhöht, das ist eine Zunahme um 2,2 v. H. Die Zahl der Studienanfänger hingegen verringerte sich um 18 538; das ist ein Minus von 7,3 v. H.

Der Rückgang der Zahl der Studienanfänger war in den neuen Ländern mit 3,8 v. H. geringer als in den alten Ländern (–7,8 v. H.).

Die Universitäten haben ein Anfänger-Minus von 18 028 Studierenden – im Vergleich zum Wintersemester 91/92. Die Fachhochschulen konnten insgesamt noch etwas zulegen (Anfänger-Plus von 1 684); hier haben die Zuwächse in den neuen Ländern (plus 5 110) den Rückgang in den alten Ländern (minus 3 426) überkompensiert.

Die Veränderung der FH-Studienanfänger-Zahlen in den alten Ländern ist in Nordrhein-Westfalen mit minus 2 203 (prozentual mit –14,6 v. H.) annähernd so hoch wie in Hamburg (–15,8 v. H.); dort wurden 189 weniger Studienanfänger registriert als im Wintersemester 91/92. Eine Sonderstellung nimmt Berlin ein: hier sank die Studienanfängerzahl um dramatische 1 308 = minus 44,2 v. H. Von den alten Ländern verzeichneten Zuwächse an Studienanfänger nur Baden-Württemberg (+2,6 v. H.), Niedersachsen (+1,7 v. H.), Rheinland-Pfalz (+2,7 v. H.) und Schleswig-Holstein (+9,7 v. H.). (G. E.)



Seit über einem Jahrzehnt werden in Westdeutschland steigende Studentenzahlen verzeichnet. Die Entwicklung des Lehrpersonals hat hiermit nicht Schritt gehalten. Ergebnis: Betreute ein Hochschuldozent 1980 11 Studenten, so waren es 1991 immerhin 23. Nicht besser sieht es an den Fachhochschulen aus (1991 41 Studenten je Dozent gegenüber 19 1981). Das geht zu Lasten der Qualität der Ausbildung des akademischen Nachwuchses. Überfüllte Hörsäle und Seminare, leergefegte Bibliotheken. Es mangelt an allem, nur nicht an Studenten. Gleichzeitig verliert der Beruf des Dozenten angesichts solcher Arbeitsbedingungen an Attraktivität. So mußte an westdeutschen Fachhochschulen seit 1985 rund 36 Prozent aller Berufungen von Dozenten wegen Bewerbermangels mehrfach ausgeschrieben werden.

### Bildungsgipfel – Vorbehalte und Vorbereitungen

In der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 17. Dezember 1992 bekräftigten die Länder die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesmittel für die Hochschulbauförderung entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und drangen auf ein „bildungspolitisches Spitzengespräch“, das für Mitte 1993 vorgesehen werden sollte. Der Bundeskanzler hielt ein solches Spitzengespräch für außerordentlich wichtig; bevor ein solches Gespräch anberaumt werde, müsse Klarheit herrschen, ob dabei etwas bewegt werden könne.

Der in dieser Besprechung gefaßte Beschluß gibt Aufschluß über die Dissens-

punkte zwischen Bund und Ländern: Der Bundeskanzler hat der Auffassung der Länderchefs (noch) nicht zugestimmt, daß für die Sanierung des Hochschulwesens in den neuen Ländern und für den quantitativen (!) Ausbau der Fachhochschulen und den vor allem qualitativen Ausbau der Universitäten besondere Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau notwendig sind.

Zur Vorbereitung eines bildungspolitischen Spitzengesprächs wird zunächst eine Arbeitsgruppe der zuständigen Bundesminister und der Wissenschafts- und Finanzminister der Länder eingesetzt. Nach Auffassung des Bundes dürfen die Vorschläge dieser Arbeitsgruppe die Finanzministertgespräche nicht präjudizieren; die Vorschläge sind in die Beratungen zum föderalen Konsolidierungskonzept und der Eckwerte für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einzubeziehen.

Die Arbeitsgruppe soll konkrete Entscheidungsvorschläge zur künftigen Hochschul-, Forschungs- und Bildungspolitik und zur kurz- und mittelfristigen Finanzierung dieser Politikbereiche unterbreiten. Die vorliegenden Empfehlungen der KMK/FMK zum Thema *Angebot und Bedarf an Studienplätzen 1978 bis 1995 mit Ausblick auf 2010* sind einzubeziehen. Die Arbeitsgruppe soll u. a. zu folgenden weiteren Themen Entscheidungen vorbereiten:

- a) Hochschulen
  - Reform der Studienstrukturen vor allem zur Verkürzung der Studienzeiten,
  - größere Effizienz bei der Verwendung der öffentlichen Aufwendungen in den Hochschulen,
  - Verstärkung des Wettbewerbs im Hochschulsystem,
  - Priorität bei der Finanzierung des Ausbaus der Hochschulen in den neuen Bundesländern.
- b) Allgemeine Bildungsfragen
  - Bedarf an Absolventen der beruflichen Bildung und der Hochschulen,
  - Entwicklung neuer Ausbildungsangebote im dualen Berufsbildungssystem als attraktive Alternative zum Studium,
  - Dauer der Schulzeit bis zum Abitur,
  - Ausbau der Weiterbildung zu einem festen Bestandteil des Bildungssystems

Die Arbeitsgruppe soll die Wissenschafts- und Wirtschaftsorganisationen

einschließlich der Gewerkschaften in geeigneter Weise in ihre Arbeiten einbeziehen.

Der Bundeskanzler will für Ende April 1993 mit je zwei Regierungschefs aus den A- und den B-Ländern ein Treffen vereinbaren, auf dem entschieden werde, ob nach dem Stand der Vorbereitungen von dem Bildungsgipfel konkrete Ergebnisse zu erwarten seien. (G. E.)

## FRK-Vorsitzender für Fortsetzung des Dialoges hlb-Hochschulverband

Professor Clemens Klockner betonte in einem Gespräch mit dem Präsidenten des *hlb*, Professor Dr. Reiner Brehler, den sehr guten Eindruck der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Deutschen Hochschulverband und dem Hochschullehrerbund zum Thema „Arbeitsteilung zwischen Universität und Fachhochschule“ (vgl. Bericht „Brisanzfreier Verständigungsversuch in Magdeburg“ in DNH 6/92, Seite 4). Klockner befürwortete eine Fortsetzung der Diskussion mit dem DHV. (G. E.)

## Abiturienten schauen auf Einkommensmöglichkeiten und Aufstiegschancen

Die jüngste FRK-Plenarversammlung in Düsseldorf diskutierte die Frage der Eingangsbesoldung der FH-Absolventen im öffentlichen Dienst. Dr. Jürgen Ederleh, Geschäftsführer der HIS GmbH, nahm diese Diskussion zum Anlaß einer Sonderauswertung aus der HIS-Datenbank um festzustellen, in welchem Umfang die Einkommensmöglichkeiten die Wahl der Hochschulart beeinflusst. Er kam zu folgendem Ergebnis:

Im Wintersemester 1991/92 gab es an Universitäten 164 300 Studienanfänger mit Abitur; an Fachhochschulen begannen 23 700 Abiturienten ihr Studium (jeweils deutsche Studienanfänger).

Von den 164 300 Uni-Studienanfängern mit Abitur haben 37 500 – das sind 23 v. H. – gesagt, sie hätten ernsthaft ein Fachhochschulstudium erwogen. Von diesen 37 500 äußerten 15 v. H. (also ca. 5 600 Abiturienten), sie hätten von einem Fachhochschulstudium deshalb

Abstand genommen, weil ihnen die damit verbundenen Einkommensmöglichkeiten nicht gut genug seien. Aus anderen Untersuchungen weiß man, daß sich diese Angaben auf die Erwartungen zu den Anfangsgehältern beziehen.

Die 5 600 Abiturienten, die ein Universitätsstudium aus Einkommensgründen wählten, machen 24 v. H. der Abiturienten aus, die trotz der Einkommensnachteile ein Fachhochschulstudium aufnehmen.

Diese Auswertung belegt den Einfluß der erwarteten Einkommen nach Abschluß eines FH-Studiums: Die Angleichung der Eingangsbesoldung im öffentlichen Dienst wäre ein beachtlicher Beitrag zur Umlenkung der Abiturienten auf die Fachhochschulen, der für die Universitäten andererseits alles andere als existenzbedrohend ist.

## Juristen an die FH

Der Hochschullehrerbund Hamburg und Unabhängige Liberale Hamburg luden ein zum Streiten. Das Thema: Juristen an die Fachhochschule – häufig angedacht, selten zu Ende diskutiert. Auf der Seite der Fachhochschulen diskutierten am 10. Dezember 1992 Professor Dr. Reiner Brehler, der Präsident des *hlb* (Bundesvereinigung), Roland Schmidt, der Kanzler der Fachhochschule Nordost-Niedersachsen und Professor Dr. Lothar Zechlin, der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Politik. Auf Seiten der „klassischen Juristen“ standen Professor Dr. Reinhard Bork, stellvertretender Fachbereichssprecher Jura I, Professor Dr. Ulrich Karpen, Landesvorsitzender des Deutschen Hochschulverbandes und Horst Dieter Hensen, der Vizepräsident des Hanseatischen OLG.

Der Präsident des *hlb* bezeichnete die Veranstaltung als einen vollen Erfolg. Eine Fortführung des Themas in größerem Rahmen scheinbar möglich. Der Minister für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz, Professor Dr. Zöllner, unterstützte die Position des *hlb*. Auch der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Dr. Erichsen (selbst Jurist) hält das Thema für diskussionswürdig.

Der Landesverband Hamburg des Deutschen Hochschulverbandes will sich mit der Frage beschäftigen, wie weit die Universität dem Bemühen der Fachhochschulen zu folgen bereit ist, traditionell

im universitären Langstudium verankerte Studiengänge – wie Rechtswissenschaften – in Fachhochschulversionen durchzuführen.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Quelle: MittHV 6/92, Seite 391.

## Desinformationen vom Presse- und Informationsamt

„Europa wird eins“ – eine millionenfach verbreitete Beilage zu Publikumszeitschriften aus dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – verkündete Unrichtigkeiten:

„Für viele Berufe ist die gegenseitige Anerkennung der Diplome bereits geregelt, etwa bei Ärzten, Apothekern, Architekten. Andere Hochschuldiplome werden schon teilweise anerkannt, sofern eine dreijährige Hochschulausbildung zugrunde liegt. Ähnliches gilt ab 1994 für nichtakademische Diplome (*Fachhochschulausbildung*) und Prüfungszeugnisse.“

Eine wahre Protestflut erreichte daraufhin das Presse- und Informationsamt: DNH-Herausgeber, der Rektor der Hochschule Bremen und der *hlb*-Vorsitzende Bremen, Ministerialdirigent Hans R. Friedrich (BMBW), der Zentralverband der Ingenieurvereine ZBI und der *hlb*-Präsident beanstandeten die unrichtigen, die Fachhochschulen diskriminierenden Aussagen.

In einer Zeit, in der sich Bund und Länder angesichts der hohen Studentenzahlen für einen überproportionalen Ausbau der Fachhochschulen aussprechen, ist die Broschüre geeignet, diese einvernehmliche Hochschulpolitik von Bund und Ländern zu beeinträchtigen – so Ministerialdirigent Friedrich. Er bat darum, die Broschüre nicht mehr zu verwenden. Angesichts der Bedeutsamkeit der Angelegenheit könne dies durch ein Einlegeblatt nicht geheilt werden.

Das zuständige Europareferat des Presse- und Informationsamtes hat den „bösen Fehler“ bedauert; korrekt hätte es heißen müssen „Fachschulausbildung“. Zu erklären sei dieser Fehler nur aus der Überbelastung der Mitarbeiter und dem Zeitdruck, unter dem diese Publikation entstanden ist.

Nicht zu erklären ist freilich, weshalb eine Anzeige in der Wochenzeitschrift DIE ZEIT mit demselben Fehler noch erscheinen konnte, nachdem die ersten Proteste im Bundespresseamt schon vorlagen. (G. E.)

## Zu Waldeyer, Studentische Hilfskräfte an Fachhochschulen (DNH 6/92)

Ich bewundere immer wieder die scharfsinnigen und scharfzüngigen Beiträge von Ihnen und Herrn Kollegen Waldeyer, und ich finde es begrüßenswert, daß Kollege Waldeyer den in Aachen entschiedenen Sonderfall nutzt, derart fundiert und nachdrücklich für eine bessere Entlohnung der studentischen Hilfskräfte an den Fachhochschulen zu plädieren. In diesem Fall sind allerdings die Schlußbemerkungen für mich völlig unverständlich: Ich hätte es eher für folgerichtig gehalten, die Fortsetzung der Ungleichheit nach dem Examen anzuprangern oder den viel evidenteren Fall der Ungleichheit in unserer C2/C3-Besoldung. Die vom Land Nordrhein-Westfalen bisher herangezogene Begründung für die Differenzierung wird bei dem Verfahren zur Erhöhung des C3-Anteils von diesem selbst ad absurdum geführt. Insofern wäre hier ein neuer – auch juristischer – Vorstoß eher angebracht. Wohl gemerkt: Ich hätte nichts gegen eine bessere Vergütung für unsere Lehrbeauftragten. Aber: Während die bessere Bezahlung unserer studentischen Hilfskräfte dazu beitragen könnte zu verhindern, daß unsere Studenten sich besser bezahlte Jobs außerhalb der Hochschule suchen (müssen) und dann dort mehr arbeiten als ihrem Studium guttut, und wir C2-Professoren von den beträchtlich niedrigerem C2-Bezügen leben müssen, bilden Lehraufträge doch in der Regel lediglich ein willkommenes Zubrot, das oft sogar während der regulären Arbeitszeit des Hauptamtes eingenommen wird. Insofern gäbe es m. E. für das Organ des HLB vordringlichere Aufgaben, als sich für eine Angleichung der Lehrauftragsvergütungen einzusetzen!

Professor Dr.-Ing. Ulrich Gerz, Aachen

### Replik

Der Verfasser des Beitrages, Professor Dr. Hans-Wolfgang Waldeyer, antwortete darauf:

Der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Hochschularten gebietet es meines Erachtens, die Professoren, Absolventen, Lehrbeauftragten und studentischen Hilfskräfte der Fachhochschule genauso zu vergüten wie ihre entsprechenden Kollegen an den Universitäten. Diese Entgeltgleichheit läßt sich in bezug auf die

Professoren und Absolventen der Fachhochschule nur im Wege der Gesetzesänderung erreichen. Dagegen ist die Vergütung der studentischen Hilfskräfte durch Verwaltungsvorschriften festgelegt, die keinen Rechtsnormcharakter haben und deshalb für die Gerichte nicht verbindlich sind. Insoweit kann m.E. die Gleichheit der Vergütung mit Hilfe der Gerichte durchgesetzt werden. Dies habe ich in meinem Beitrag darzulegen versucht. In den Schlußbemerkungen meines Beitrages gehe ich deshalb auf die Lehrbeauftragten der Fachhochschule ein, weil auch deren Vergütung nicht durch Gesetz sondern durch Verwaltungsvorschriften festgelegt ist. Deshalb kann m.E. das Ziel, die Lehrbeauftragten der Fachhochschule und der Universität gleich zu vergüten, ebenfalls mit juristischen Mitteln erreicht werden. Sollte es gelingen, mit Hilfe der Gerichte den Grundsatz der Entgeltgleichheit in bezug auf die studentischen Hilfskräfte und die Lehrbeauftragten der Fachhochschule durchzusetzen, so wäre dies eine wertvolle Argumentationshilfe für das Bemühen, auf der politischen Ebene im Wege der Gesetzesänderung die Entgeltgleichheit auch in bezug auf die Professoren und Absolventen der Fachhochschule zu erreichen. Erst wenn diese genauso besoldet werden wie die Professoren und Absolventen der Universität, ist die bildungspolitische Klassifizierung der Fachhochschulen als „andersartig aber gleichwertig“ überzeugend und glaubwürdig.

## Zum Interview mit der Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (DNH 6/92)

### Gewundene Antworten

In Ihrem ausgezeichneten Interview mit Frau Ministerin Brunn stellten Sie gegen Ende die Gretchenfrage nach den Aufwendungen pro FH-Student, die in NRW um etwa 30% unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Die Antwort der Ministerin fiel sehr gewunden aus, und sie normierte die Zahlen einfach zu ihren Gunsten um. Ich hätte mir ein deutlicheres Nachfragen Ihrerseits gewünscht.

Im Klartext bedeuten die Zahlen, daß in NRW der Absolvent – und der ist die einzig relevante Größe und nicht die Zahl der Studienplätze oder die der Studienanfänger – im Bundesdurchschnitt am teuersten ist. Noch deutlicher ausge-

drückt heißt das: In NRW ist der Wirkungsgrad der Fachhochschulen am geringsten, die Steuergelder werden am uneffektivsten eingesetzt, und es wird durch die überhohen Abbrecherzahlen und die überlangen Studienzeiten der meiste Frust bei allen Beteiligten produziert.

Die Gründe für diese Situation sind sattsam bekannt:

- Das vorlaufende Schulsystem belügt die Studierwilligen bei der Einschätzung ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit und ihrer Motivation. Auch der NC ändert daran grundsätzlich nichts. Viele fangen ihr Studium im Glauben an, man könne es so nebenher zusätzlich zum lebensstandarderhaltenden Jobben betreiben.
- Den Student(inn)en werden nirgends Lern- und Arbeitstechniken vermittelt. Die didaktische Kultur an den NRW-Fachhochschulen ist unterentwickelt. Weiterbildungsmöglichkeiten in Didaktik sind nicht gegeben. Die hohen Teilnehmerzahlen in den Lehrveranstaltungen tun ein Übriges zur Verminderung der Effektivität.
- Die Rahmenprüfungsordnung konfrontiert die Student(inn)en mit den Konsequenzen eines geringen Leistungsstandards erst in höheren Semestern. Dann ist es für alle Beteiligten – Student(in) und Professor(in) – am bittersten.

Hoffentlich erhält DIE NEUE HOCHSCHULE seitens der Politik Gelegenheit zu einer ehrlicheren Interpretation der Zahlen.

Professor Dr. Michael Rückert  
Fachhochschule Köln

*Anmerkung der Redaktion:* Es handelte sich um ein „schriftliches“ Interview; die Ministerin erhielt die Fragen des Herausgebers und sandte das Manuskript mit ihren Antworten.

### Erst entrümpelt, jetzt entschlackt

Ministerin Anke Brunn hat in dem Interview den Begriff „Entschlackung“ kreiert. Damit dürften ausgebrannte, nicht mehr brauchbare Studieninhalte gemeint sein.

Vor 25 Jahren sprach man von „Entrümpelung“ und meinte damit die Herausnahme nicht mehr benötigter Lehrstoffe aus den Lehrplänen. Das hatte Ergebnisse. Beispielsweise wurde in der Oberstufe des Gymnasiums Analytische Geometrie und Trigonometrie im Pflichtkanon der Mathematik gestrichen, wenn

nicht gar die Mathematik selbst abwählbar wurde.

An den Hochschulen mußte infolge dieser Entrümpelung in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen verstärkt auf Lehrstoffe der Sekundarstufe eingegangen werden: Ein Grund für die Verlängerung der Studienzeiten.

Doch auch an den Hochschulen sollte entrümpelt werden. Es sollten „überholte Studieninhalte“ gestrichen werden. Aber was war „überholt“? Eine sehr subjektiv zu beantwortende Frage – und das bei der „Freiheit“ der Lehre! Als an meiner Hochschule Anfang der 70er Jahre von einer Kommission Studienordnungen neu erstellt wurden, fanden einige Kollegen ihr Fach in der Ergebnisvorlage stark beschnitten vor, was man von den Fächern der Kommissionsmitglieder nicht sagen konnte. Es funktionierte ähnlich wie in Familien, wenn entrümpelt werden muß. Entrümpelt jeder Ehepartner in seinem Bereich, dann geschieht nicht viel – wird jedoch gegenseitig entrümpelt: Olé!

Ein wesentlicher zeitlicher Gewinn im gesamten Studienablauf dürfte zu erzielen sein, wenn alle für die jeweiligen Studienteile – vor allem im Grundstudium – zuständigen Hochschullehrer sich über die notwendigen Inhalte und Kenntnisse verständigen und dies zeitlich so abstimmen, daß eine klare Systematik des Studienfortschritts entsteht. Die für die Berufsqualifizierung notwendigen Inhalte müssen nicht nur erhalten bleiben, sondern sich anforderungsgemäß entwickeln. Es kann und darf nicht darum gehen, wie Frau Brunn sagt, die Lernenden

einfach stofflich zu entlasten, und die Lehrenden schon gar nicht. Das können sich die anwendungsbezogenen Studiengänge an Fachhochschulen und Gesamthochschulen nicht leisten.

Professor Günther Ehmann  
Mathilde-Kaiser-Straße 21  
W-4300 Essen 1

### Kunstvolles Nichtbeantworten

Gäbe es einen Preis für die Kunst, gestellte Fragen nicht zu beantworten, Nordrhein-Westfalens Ministerin hätte große Chancen, diesen Preis zu erhalten.

- Welcher Anteil des kapazitätswirksamen Lehrangebots darf nun künftig für das nicht nur wiederbelebte, sondern sogar verdoppelte Studium generale eingesetzt werden?
- Hat die Ministerin zugesagt, daß die Curricular-Normwerte unangetastet bleiben, um die Relation Lehrende zu Studierenden nicht weiter zu verschlechtern?
- Darf nun Lehrkapazität für Aufbaustudien und Weiterbildung eingesetzt werden, wenn stark spezialisierte Lehrangebote wegen verringerter Studienvolumina im berufsqualifizierenden Diplom-Studiengang nicht mehr enthalten sind?
- Und wie viele (räumliche) Studienplätze hat Nordrhein-Westfalen aus seinem Anteil zusätzlicher 12000 räumlicher Studienplätze für den 22. Rahmenplan angemeldet?

Die Frage, ob Nordrhein-Westfalen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Nachzügler in Sachen Fachhochschulen wird, beantwortet die Ministerin mit dem Hinweis auf die Zahl der genehmigten neuen Studiengänge und Studienrichtungen, also die Innovationsfähigkeit und Attraktivität der Fachhochschulen ihres Landes. Aus süddeutscher Sicht ist anzumerken, daß neue Produkte immer auch ein Zeichen für die mangelnde Attraktivität der vorhandenen sind. Die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen haben mangels integrierter Praxissemester – von seltenen Ausnahmen abgesehen – keine achtsemestrige Regelstudienzeit. Damit vermitteln sie ihren Absolventen eine nur eingeschränkte Berufsfähigkeit in der EG. Ob das wohl schon eine der Ursachen ist für den bemerkenswerten Rückgang der Zahl der FH-Studienanfänger (um etwa 2200 auf 12900) in Nordrhein-Westfalen im Wintersemester 1992/93?

Was mir noch auffiel: Wissenschaftliche Studien, die auf die Promotion vorbereiten, seien als Voraussetzung völlig ausreichend. Was für Studien bieten nun die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen? Weiterhin unwissenschaftliche? Diese Aussage der Ministerin könnte den kosmetischen Charakter der Gesetzesnovelle bloßlegen: Der Begriff „wissenschaftliche Hochschulen“ wird getilgt, die Universitäten bleiben aber Monopolist für „wissenschaftliche Studien“.

(Name und Anschrift des Verfassers dieses Leserbriefes ist der Redaktion bekannt.)

# GRUPPENREISEN

maßgeschneidert vom Spezial-Veranstalter

Reiseziele in Deutschland, Europa und Übersee.  
Kostenlose Angebote nach Ihren Wünschen.  
Fachprogramme, spezielle Besichtigungen etc.  
Individueller und engagierter Service.



**INTERCONTACT**  
Ihr Partner für Studienreisen

Informationen bei: Abtlg. 3379, In der Wässerscheid 49, 5480 Remagen 1  
Tel.: 0 26 42 / 20 09 - 0, Fax: 0 26 42 / 20 09 - 38

Aktuell

**Königsberg**  
ab DM 845.-

6 Tage inkl. Direktflug ab Köln/Bonn,  
Unterbringung und Programm



**Dietrich Grille**  
**hblb-Vizepräsident**

Professor Dr. Dietrich Grille ist seit der Präsidiumssitzung am 21. November 1992 in Magdeburg für den Rest der Amtszeit des derzeitigen Geschäftsführenden Präsidiums (gewählt für zwei Jahre am 22. März 1991) Vizepräsident der *hblb* – Bundesvereinigung. Er tritt an die Stelle des im Sommer zurückgetretenen Kurt Straßer<sup>1</sup>.



Interims-Vizepräsident Grille wurde am 25. 11. 1935 in Gotha (Thüringen) geboren. Nach dem Abitur 1954 in Vacha/Rhön studierte er in Jena (54–58) und Marburg (58–64, beurlaubt 62/63) und promovierte zum Dr. phil. Er arbeitete in der Erwachsenenbildung und Sozialarbeit von 1965 bis 1976 in Erlangen und wurde im Oktober 1976 zum Professor an die Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg berufen. Er vertritt dort die Lehrgebiete Politikwissenschaft (Politische Theorie, Sozial- und Zeitgeschichte) und Philosophie im Fachbereich Sozialwesen.

Veröffentlichungen: Lenins Rivale – Bogdanov und seine Philosophie (1966), Die sowjetische West- und Deutschlandpolitik seit Stalins Tod (1975), Thüringen unter dem Sternenbanner (1989).

Professor Grille trat dem VHB im Jahre 1976 bei und ist seit 1981 Vorsitzender der Hochschulgruppe Nürnberg des VHB. Seit März 1993 ist er Prorektor seiner Hochschule. Verheiratet ist Grille seit 1962; er hat vier Kinder und zwei Enkel. (G. E.)



**Heinz Becker bleibt Rektor**

Der Konvent der Fachhochschule Bochum hat seinen bisherigen Rektor, Professor Dr. rer. oec. Heinz Becker, für weitere vier Jahre (für die Wahlperiode ab 1. 7. 93) „mit überwältigender Mehrheit“ wiedergewählt.

Heinz Becker, Professor für „Volkswirtschaftslehre, insbesondere Handels- und Industriepolitik“ ist den Lesern der DNH gut bekannt; sein jüngster Beitrag erscheint in diesem Heft. Er engagierte sich in der Selbstverwaltung seiner Hochschule (stellvertretender Fachbereichsleiter Wirtschaft ab 1976, Fachbereichsleiter/Dekan ab 1978 bis 1985, dann – bis zu seiner Wahl zum Rektor im Jahr 1989 – Prorektor für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben), in der *Bundesdekan-Konferenz Wirtschaft* und im *Hochschullehrerbund*.

Kollege Becker war lange Jahre als Vorsitzender des Ortsverbandes Bochum Mitglied des Landesvorstandes des HLB Nordrhein-Westfalen. In der *hblb*-Bundesvereinigung war er seit 1983 Referent für Wirtschaftswissenschaften. 1991, nach Inkrafttreten der neuen Satzung des *hblb* e. V., wechselte er in die Funktion eines *Sonderbeauftragten für Innovationen*.

Seine Wiederwahl zum Rektor ist ein guter Anlaß, ihm für sein bemerkenswertes hochschulpolitisches Engagement zu danken und ihm Glück und Erfolg für die nächsten vier Rektorjahre zu wünschen. (G. E.)

**Deutsch-französische Hochschulpartnerschaft aufgekündigt**

Die *Groupe École Supérieure de Commerce de Potiers et du Centre Quest* hat im März 1992 die Partnerschaft mit der FH Rheinland-Pfalz aufgekündigt. Der Minister für Wissenschaft und Weiterbildung des Landes, Zöllner, schrieb nun an den Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine, in dessen Eigenschaft als Bevollmächtigter der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und bat ihn um Unterstützung bei der Lösung des Problems – der aus seiner Sicht völlig unakzeptablen Benachteiligung der Fachhochschulen in grenzüberschreitenden Partnerschaften.<sup>1</sup>

Die Ursache für die Schwierigkeiten sieht Zöllner in einer zunehmenden Hierarchisierung der französischen Hochschulen. Die Kooperation mit ausländischen Hochschulen sei ein Kriterium, um in der Rangordnung der französischen Hochschulen nach vorn zu rücken und Zugang zur Spitze zu finden. Dabei würde jedoch nur die Zusammenarbeit mit deutschen Universitäten honoriert, Kontakte mit deutschen Fachhochschulen würden in Konsequenz dieser Bewertung abgebrochen.

Diese Entwicklung betreffe, so Zöllner, alle deutschen Fachhochschulen. Besonders bedauerlich sei die Entwicklung vor dem Hintergrund, daß in der Bundesrepublik eine breite Übereinstimmung vorhanden sei, die Fachhochschulen verstärkt zu fördern und auszubauen.

Zöllner hat kürzlich vor dem FRK-Plenum ausgeführt: „Greifen werden die Maßnahmen zur Stärkung der Fachhochschulen aber auch nur dann, wenn insgesamt die Differenzierung von einer erhöhten Durchlässigkeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen begleitet wird, sowohl beim gegenseitigen Wechsel zwischen den Hochschularten wie auch bei der Promotion von Fachhochschulabsolventen – ich betone – an den *Universitäten*. Es ist eine Verpflichtung beider Hochschularten, die Durchlässigkeit zu realisieren. Die Stärke der Fachhochschulen würde verlorengehen, wenn sie das Promotionsrecht erhalten oder den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs selbst ausbilden würden.“

Diese Stärke der Fachhochschulen wird von den französischen *Écoles Supérieures* offenbar noch nicht honoriert. (G. E.)

<sup>1</sup> Quelle: Pressedienst des Ministeriums vom 9. 11. 1992

<sup>1</sup> Professor Kurt Straßer wurde den Lesern anläßlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des VHB (Mitgliedsverband des *hblb* e. V.) in Heft 6/1990, Seite 13, vorgestellt, die Notiz über seine Wahl zum Vizepräsidenten erschien in Heft 3/1991, Seite 18.

## Sparen an falscher Stelle

Zu Beginn des Jahres 1992 ist die Obergrenze von 50 v. H. Planstellen der Besoldungsgruppe C 3 auf 60 v. H. angehoben worden. Der VHB (Verband der Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern, Mitgliedsverband des *hfb*) teilte mit<sup>2</sup>, daß es im Freistaat Bayern bis Ende 1992 nur 52,1 v. H. der Planstellen nach C 3 geben wird. Im Doppelhaushalt 93/94 sollen bis Ende 1993 nur 54,2 und bis Ende 1994 nur 56,3 v. H. der Professoren-Planstellen nach C 3 ausgewiesen werden.

Das bedeutet, daß ein Professor an der FH immer noch etwa 8 bis 12 Jahre warten muß, bis er auf eine C3-Stelle berufen wird. Dies, obwohl es fast unmöglich ist, qualifizierte Persönlichkeiten aus der Industrie für eine Professur an der FH zu gewinnen. Immer mehr sind es praxisunerfahrene Dünnbrettbohrer, die sich um diese Positionen bewerben – abgesehen von dem geringen Prozentsatz an Idealisten oder Aussteigern! Damit ist die FH auf dem Wege, ihr praxisbezogenes Profil zu verlieren.

Der Freistaat spart hier an falscher Stelle, seine Repräsentanten verhalten sich zwiespältig: Sie loben die Fachhochschulen als Hochschulen der Zukunft über den grünen Klee – andererseits verweigern sie den Leistungsträgern die gesetzlich mögliche Bezahlung.“ (G. E.)

<sup>2</sup> Presseinformation des VHB

## Stiftungsprofessuren für die Fachhochschulen

*Dr. Pistor (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) vor der 42. Plenarversammlung der FRK*

Man kann es schon als einen Durchbruch bezeichnen, wenn der Stifterverband jetzt ein Sonderprogramm für die Fachhochschulen auflegt. Durch Stiftungsprofessuren soll die Weiterentwicklung der Fachhochschulen in den alten und der Aufbau der Fachhochschulen in den neuen Bundesländern gefördert werden.

Auf Einladung des FRK-Vorsitzenden Professor Klockner erläuterte Dr. Hans-Henning Pistor – Hauptverwaltung des Stifterverbandes – das Fachhochschul-Sonderprogramm. Es war das erste Mal, daß ein Vertreter des Stifterverbandes vor der FRK gesprochen hat.

Dr. Pistor sagte u. a.:

„Der Stifterverband mußte nicht von der Bedeutung der Fachhochschulen in unserem Hochschulsystem überzeugt werden. Es gibt ja keinen Zweifel an der Wertschätzung der Fachhochschulen seitens der Wirtschaft, die den Stifterverband trägt.

Wenn sich der Stifterverband jetzt gezielt den Fachhochschulen zuwendet, bedeutet dies nicht, daß der Kuchen neu verteilt wird, sondern daß wir ein neues Förderungsinstrument entwickelt haben, für das wir – und das muß ich dreimal unterstreichen – neue Mittel mobilisieren müssen und wollen. Das Zauberwort heißt ‚Sonderprogramm‘. Gemeint ist ein Programm, für das Förderer – Unternehmen und Stiftungen – zeitlich befristet und zweckgebunden Mittel zur Verfügung stellen, ohne allerdings ihre üblichen Zuwendungen an den Stifterverband zu kürzen.

Was wir mit den Stiftungsprofessuren vorhaben, ist also ein Experiment, dessen Erfolg aber keineswegs sicher ist.

1. Wir werden die Mittel für das Programm regional – im Bereich unserer Landeskuratorien – einwerben. D. h. Baden-Württemberg sammelt für Baden-Württemberg, Hamburg für Hamburg, Hessen für Hessen.
2. Zielgruppe sind in erster Linie die mittelständischen Unternehmen bis zu 1 Mrd. Umsatz. Großunternehmen sind natürlich nicht ausgeschlossen.
3. Da die Spendenkapazität in den neuen Bundesländern noch gering ist, wollen wir versuchen, in den alten Ländern für ihre jeweiligen Partnerländer im Osten mitzuwerben und haben als Incentiv zugesagt, jede Stiftungsprofessur in einem der neuen Bundesländer mit 50 000 DM p. a. aus den sog. klassischen Einnahmen des Stifterverbandes zu fördern.
4. Sobald wir übersehen können, wieviele Stiftungsprofessuren wir in einem Land finanzieren können, fordern wir die dort ansässigen Fachhochschulen zur Antragstellung auf. Wir beschränken uns auf die Fächer Betriebswirtschaftslehre, Ingenieurwissenschaft und Informatik.
5. Die Anträge lassen wir von Gutachtern, d. h. Fachhochschulprofessoren, die wir uns aus Ihren Kreisen benennen lassen, bewerten. Anschließend entscheidet das Landeskuratorium, unterstützt von einem eigens dafür gebildeten Ausschuß.“

Natürlich – so Pistor – könnten Fachhochschulen auch versuchen, in direktem

Kontakt mit der Wirtschaft Stiftungsprofessuren einzuwerben, und das sei in Einzelfällen auch gelungen. Man sollte aber den Charme einer gut eingeführten Förderungseinrichtung nicht unterschätzen. Er regte deshalb eine Zusammenarbeit mit dem Stifterverband an; die jeweilige FH sollte sich dafür einsetzen, daß auch eine direkt angebotene Stiftungsprofessur über den Stifterverband abgewickelt wird.

Dem FRK-Vorstand ist zu gratulieren, daß dieser Durchbruch beim Stifterverband gelungen ist. Ein kleiner Schönheitsfehler des Sonderprogramms könnte sein, daß die vom Stifterverband einzuwerbenden Mittel nur für Professuren in den genannten Kernfächern Verwendung finden sollen. Denkbar wären auch Stiftungsprofessuren für neue Studienangebote gewesen.

Zunächst richtet sich aber das Interesse auf die Zahl der so mobilisierbaren Stiftungsprofessuren in den einzelnen Bundesländern. Die gerade stark abflachende Konjunktur bietet für das Sonderprogramm leider keine sehr günstige Ausgangslage. (G. E.)

## Was wird aus der FRK?

*Macht eine Strukturreform der Hochschulrektorenkonferenz die FRK überflüssig?*

Das 168. HRK-Plenum diskutierte über Grundzüge einer Änderung der Ordnung der Hochschulrektorenkonferenz und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die unter Vorsitz des Präsidenten der HRK Vorschläge für diese Änderung erarbeiten soll.

Die Zahl der Mitgliedshochschulen ist in den letzten Jahren von rund 190 auf derzeit 230 gestiegen; ihre Zahl wird sich durch Neugründungen weiter erhöhen. Vierzehn der Hochschulen in den neuen Ländern befinden sich noch in einem Übergangsstadium mit je einer stimmführenden Hochschule je Land im Plenum.

77 Universitäten und ihnen gleichgestellte Hochschulen haben jetzt im Plenum Stimmrecht; sie sind im Senat mit 24 Stimmen vertreten. 92 Fachhochschulen sind im Plenum mit je einer Kuriatstimme, also 15 Stimmen vertreten. Im Senat haben die Fachhochschulen drei Stimmen. Die übrigen 61 Hochschulen haben im Plenum 13 und im Senat 6 Stimmen.

Wird an der bisherigen Ordnung nichts geändert, wird sich das Stimmgewicht der Universitäten im Plenum weiter ver-

stärken (auf 85 Stimmen). Sie repräsentieren 37 v.H. der Mitglieder mit über 77 v.H. der Studierenden. Die Fachhochschulen stellen über 40 v.H. der Mitglieder der HRK, haben aber nur 20 v.H. der Studierenden.

Ungleichgewichte gibt es aber nicht nur zwischen Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch zwischen den Ländern: Nordrhein-Westfalen stellt 37 Mitgliedshochschulen (= 16 v.H. der Mitglieder) mit knapp 500.000 Studierenden. Ihre 13 Fachhochschulen mit annähernd 97.000 Studierenden müssen sich jetzt noch mit einer Kuriatstimme im Plenum zufriedengeben.

In der Diskussion machte der FRK-Vorsitzende Klockner deutlich, daß die Fachhochschulen an einer Reorganisation der HRK zur Verstärkung ihrer Repräsentanz in deren Gremien interessiert sind. Für eine zufriedenstellende Lösung steht die FRK zur Disposition – so auch der HRK-Vizepräsident Huth: „Die FRK ist Relikt aus der Zeit, in der die Fachhochschulen noch nicht Mitglieder der WRK waren.“

Der Repräsentationsanteil, den die Fachhochschulen künftig stellen, ist das Entscheidende. Für die Mehrzahl der Universitäten scheint ihr individuelles Stimmrecht im Plenum von großer Bedeutung zu sein, ohne daß sie allen Fachhochschulen ein solches einräumen wollen. „Die Stärke der HRK sind ihre Mitglieder“ (Böhme, TH Darmstadt). „Wir diskutieren an der Abgrenzung der Hochschularten entlang“ (Daxner, U Oldenburg). „Es geht um den springenden Punkt FH – Uni. *One man, one vote* wird nicht gehen, da geht die komfortable Mehrheit verloren“ (Battis, FU Hagen).

Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten wird also die Quadratur des Kreises versuchen müssen, das Stimmrecht der Universitäten im Plenum zu erhalten, ohne daß deren Mehrheit durch das Stimmrecht der Fachhochschulen gefährdet wird. Ein Blick in die Anwesenheitsliste bei den Plenarversammlungen der FRK würde zeigen, daß die Furcht der Universitäten unbegründet ist: Die sechszwanzig Fachhochschulen aus Baden-Württemberg waren dort noch nie vollzählig vertreten. Wichtiger könnte eine stärkere Vertretung der Fachhochschulen in den Kommissionen der HRK, vor allem aber im Präsidium und im Senat sein: Dort werden die Entscheidungen des Plenums vorbereitet.

Die Chance, die Neuordnung der HRK in der Zusammensetzung der Ar-

beitsgruppe, welche die Vorschläge erarbeiten soll, vorwegzunehmen, wurde jedenfalls vertan: Die Arbeitsgruppe hat neben dem Präsidenten acht universitäre Mitglieder, drei aus den Fachhochschulen<sup>1</sup> und je ein Mitglied für die Kunst- und die kirchlichen Hochschulen, also 9:3:1:1. Man kann der FRK ein noch langes Leben prophezeien. (G. E.)

<sup>1</sup> Vertreter der Fachhochschulen in der Arbeitsgruppe sind: Professor Dr. Hertwig, Rektor der FH Anhalt, Professor Dr. Kottmann, Rektor der FH Dortmund und Professor Dr. Wilmes, Präsident der FH Rheinland-Pfalz.

## Rückfall in die hochschulpolitische Kleinstaaterei?

### *Weniger Kompetenzen für den Bund*

Die Gemeinsame Verfassungskommission hat Mitte Oktober beschlossen, daß die Befugnis des Bundes, Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 a) zu erlassen, eingeschränkt werden soll. Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder sollen künftig nur noch für

- die Zulassung zum Studium,
  - die Studiengänge,
  - die Prüfungen,
  - die Hochschulgrade und
  - das wissenschaftliche und künstlerische Personal
- zulässig sein.

„Durch diese Regelungen soll den Ländern die Möglichkeit eingeräumt werden, einen weiteren der Kulturhoheit unterfallenden Komplex eigenständig zu gestalten“, so heißt es in der Presseerklärung der Gemeinsamen Verfassungskommission vom 16. 10. 92.

Das Votum der Verfassungskommission ist sowohl von der CDU/CSU- und der FDP- wie auch von der SPD-Bundestagsfraktion kritisiert worden. Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Rainer Ortleb, befürchtet für die Hochschulen Rechtszersplitterung und für die Studenten neue Mobilitätshemmnisse.

Die HRK betonte in einer Entschließung des 168. Plenums vom 2. 11. 92 die Notwendigkeit von bundeseinheitlichen Regelungen, die die Durchlässigkeit und Mobilität zwischen den Hochschulen, Hochschularten und Ländern auch im Hinblick auf ein sich vereinigendes Europa sichern. Grundsätzlich hält es die HRK für wichtiger, an Stelle von Grundgesetzänderungen die Regelungs-

dichte von Hochschulrahmengesetz und Hochschulgesetzen der Länder zurückzunehmen.

Dr. Hartmer, Geschäftsführer des DHV, schrieb an die FAZ: „Wenn 16 Bundesländer nach eigenem Gutdünken und nach ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen Aufgaben, Struktur und Organisation ihrer Hochschulen und insbesondere Mitgliedschaft und Mitwirkung in der Hochschulselbstverwaltung regeln dürfen, bedarf es keiner langen Wartezeit, bis aus einer homogenen Hochschullandschaft mit attraktiven Hochschulstandorten in allen Bundesländern ein bunter Flickenteppich mit Stücken ganz unterschiedlicher Qualität wird.“

Für die Fachhochschulen war das Hochschulrahmengesetz bisher Meßlatte für ihren bisher weitgehend unerfüllten Anspruch auf Gleichwertigkeit. Von KMK-Vereinbarungen, die – im Gegensatz zu einem Bundesgesetz – von der Exekutive (den jeweilig zuständigen Landes-Ministern) unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten und beschlossen werden, ist eine solche Orientierung nicht zu erwarten – die KMK einigt sich gewöhnlich auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Die Fachhochschulen können von einem „Rückfall in die Kleinstaaterei“ kaum gewinnen. (G. E.)

## Promotionsrecht für Fachhochschulabsolventen

Unter dieser Überschrift veröffentlichte Dr. Hubert Detmer, der Justiziar des Deutschen Hochschulverbandes, in Heft 6/92 S. 383 f. der Mitteilungen des Hochschulverbandes einen Überblick über gesetzliche Bestimmungen und Entwicklungen. Einleitend heißt es:

*Die Zulassung zur Promotion setzt ein mit einer Prüfung erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Universität voraus. Ein solcher Satz oder ähnliche Formulierungen gehören der Vergangenheit an. Der nachfolgende Beitrag soll zum einen aufzeigen, in welcher Form die Landesgesetzgeber die eingangs erwähnte Regelung bereits durchbrochen haben und in welchen Bundesländern mit „Eignungsfeststellungsverfahren“ und „kooperativen Promotionen“ demnächst zu rechnen ist. Zum anderen werden die hochschulpolitischen Konsequenzen skizziert, die sich aus den verschiedenen Promotionsmodellen für besonders befähigte Fachhochschulabsolventen ergeben.*

## Das Eignungsfeststellungsverfahren

Detmer skizziert zunächst das Eignungsfeststellungsverfahren, mit dem in Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, in Brandenburg, in der Hansestadt Bremen und – nach dem vorliegenden Gesetzentwurf – auch in Nordrhein-Westfalen besonderes qualifizierte Fachhochschulabsolventen zugelassen werden dürfen. Der DHV-Jurist bewertet diesen Ansatz so:

*Der relative Vorteil des Eignungsfeststellungsverfahrens gegenüber noch weitergehenden Modellen wie beispielsweise dem Verfahren der „kooperativen Promotion“ liegt also darin, daß die Universität autonom in der jeweiligen Promotionsordnung festlegen kann, unter welchen Voraussetzungen ein besonders befähigter Fachhochschulabsolvent zur Promotion zugelassen wird, und zum anderen darin, daß das Promotionsverfahren von Universitätsprofessoren durchgeführt wird.*

## Unmittelbare Zulassung

Nach Detmers Auffassung unterscheiden sich die entsprechenden Regelungen in Berlin, Sachsen-Anhalt und dem Freistaat Sachsen von den Regelungen in den schon genannten Ländern, weil hier für die Promotionszulassung eines besonders befähigten Fachhochschulabsolventen „der Erwerb eines universitären Abschlusses . . . nicht zur Voraussetzung gemacht werden“ darf<sup>1</sup>. Detmer: „Diese Vorgabe negiert die Wertigkeit des universitären Diploms sowie die Eigenständigkeit wissenschaftlicher Ausbildung und universitärer Lehre.“

## Kooperative Promotionen

Darüber hinaus ist in Berlin, im Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im vorliegenden niedersächsischen Gesetzentwurf ein kooperatives Promotionsmodell normiert.

*In den Hochschulgesetzen dieser Länder ist vorgesehen, Promotionen geeigneter Fachhochschulabsolventen gemeinsam von Universitätsprofessoren und Fachhochschullehrern betreuen zu lassen. Dieses Modell rückt die Möglichkeit, besonders befähigte Fachhochschulabsolventen ohne Ablegung eines universitären Diploms zu Promotion zuzulassen, auf eine institutionelle Ebene, da es dem betreuenden Fachhochschullehrer – wenn gleich an der Universität – ad personam ein Promotionsrecht verleiht. Damit wird*

*die Universität vom Gesetzgeber gezwungen, ihre Autonomie partiell aufzugeben. Sie muß die Entscheidung über die Frage, ob ein Fachhochschulabsolvent zur Promotion zuzulassen ist (Eignungsfeststellungsverfahren), zum Teil aufgeben, da in diesem Entscheidungsprozeß der mitbetreuende Fachhochschulprofessor wie auch bei der Doktorprüfung einzugliedern ist.<sup>2</sup> Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß der ehemalige Präsident der Interessenvertretung der Fachhochschullehrer, Herbert Groh<sup>3</sup>, bereits 1991 unverblümt ausgesprochen hatte, daß die Diskussion über das Promotionsrecht besonders befähigter Fachhochschulabsolventen an den Universitäten mittelfristig den Anspruch auf ein eigenes Promotionsrecht nur fördern werde.<sup>4</sup>*

*Dabei kann die sogenannte kooperative Promotion durchaus rasch zu einer eigenständigen Promotion an der Hochschule führen. Von einer faktisch beinahe schon eigenständigen Promotion an der Fachhochschule – die tatsächliche und rechtliche Involvierung des Universitätsprofessors und der Universität wird in diesem Fall auf eine Mitwirkung bei der Promotionsprüfung reduziert – kann man tatsächlich sprechen, wenn der Fachhochschulabsolvent in der Promotionsphase zum einen bei der Fachhochschule angestellt ist, und zum anderen ein Promotionsthema behandelt, das einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Fachhochschule entstammen soll, an dem der Absolvent mitarbeitet.*

*Den bisherigen Kulminationspunkt dieser aus Sicht des Deutschen Hochschulverbandes zweifelhaften Entwicklung stellt jedoch die bremische Gesetzeslage dar, da § 65 Abs. 1 Satz 2 Bremisches Hochschulgesetz den Senat der Hansestadt ermächtigt, einer anderen Hochschule als der Universität „nach Maßgabe ihrer Fortentwicklung . . . durch Rechtsverordnung das Recht zur Promotion (zu) verleihen.“*

## Motive

Detmer betreibt abschließend Motivforschung und meint, es ginge nur am Rande darum, qualifizierten Fachhochschulabsolventen die Möglichkeit einer Promotion zu verschaffen. Die sachge-

rechte Behandlung solcher Einzelfälle sei von universitärer Seite nie bestritten worden.

*Es geht vielmehr um massive Statusverbesserungen für die Institution Fachhochschule. Das sogenannte Assistentenprogramm institutionalisiert den wissenschaftlichen Mittelbau an der Fachhochschule, es hilft bei der Verwirklichung der Forderung der Fachhochschullehrer nach Forschung als Dienstaufgabe, es rückt schließlich das Promotionsrecht für die Institution Fachhochschule in greifbare Nähe. Und nicht zuletzt wird der promovierte Fachhochschulabsolvent, der de lege late laufbahngemäß in den gehobenen Dienst einzugruppiert ist, ein schlagendes Beispiel dafür abgeben, das Einstiegsamt A12 oder gar A13 für Fachhochschulabsolventen zu fordern.*

Der Präsident des Hochschullehrerbundes, Professor Dr. Reiner Brehler, hat bei einem Zusammentreffen mit dem Geschäftsführer des DHV, Dr. Hartmer, am 13. 1. 3 in Bonn die aggressive Kritik des DHV-Justizars an den verbesserten Promotionsmöglichkeiten für Fachhochschulabsolventen bedauert. Während Dr. Hartmer sich hinter seinen Justiziar stellte, sah Universitätsprofessor Dr. Schettler, ehemals Mitglied des Präsidiums des DHV, ebenfalls die Probleme, die beim Austragen gegensätzlicher Meinungen in der Öffentlichkeit entstehen.

(G. E.)

## Tarifvertrag für wissenschaftliche Hilfskräfte – ein Skandal

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft öffentliche Dienste Transport und Verkehr, zugleich handelnd für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, haben am 26. 11. 92 einen Tarifvertrag vereinbart. Der Tarifvertrag umfaßt zunächst nur die alten Bundesländer und soll zum 1. April in Kraft treten.

Von diesem Tarifvertrag sind auch die studentischen Hilfskräfte an Fachhochschulen erfaßt. Sie erhalten derzeit einen Vergütungssatz, der länderunterschiedlich von DM 10,08/Stunde (Schleswig-Holstein) bis 15,75 (Berlin-West) differiert<sup>1</sup>. Der nun bundeseinheitliche Tarif wurde auf DM 13,20/Stunde festgesetzt.

<sup>2</sup> Detmer verweist auf das Niedersächsische „Assistentenprogramm“, vgl hierzu: Detmer, MittHV 4/92, S. 284

<sup>3</sup> Gemeint ist der Hochschullehrerbund und Helmut Groh

<sup>4</sup> Vgl. Groh in DNH 3/91, S. 4

<sup>1</sup> § 7 Abs. 2 Satz 2 Sächsisches Hochschulstrukturgesetz

## Vergütungen – Anlage zum TVWH

Die Vergütung je Stunde beträgt	
a) für wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossener Hochschulbildung an Universitäten	26,90
b) für wissenschaftliche Hilfskräfte ohne abgeschlossene Hochschulbildung (studentische Hilfskräfte) an Universitäten	17,93
c) für wissenschaftliche Hilfskräfte mit abgeschlossener Fachhochschulbildung <sup>6</sup> an Fachhochschulen	19,80
d) für wissenschaftliche Hilfskräfte ohne abgeschlossene Fachhochschulbildung (studentische Hilfskräfte) an Fachhochschulen	13,20
Der Zuschlag (für jedes kindergeldberechtigtes Kind) beträgt je Stunde	0,84

Es ist zwar zu begrüßen, daß sich der Stundensatz so für die studentischen Hilfskräfte in den meisten westlichen Bundesländern erhöht, und es ist zu hoffen, daß die Haushaltsansätze so erhöht werden, daß die Erhöhung des Stundensatzes nicht zu einer entsprechenden Reduzierung des bezahlbaren Einsatzes führt. Der Abschluß ist aber für die Fachhochschulen ärgerlich, weil weiterhin – entsprechend der bisher angewandten Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – die Vergütungen der Hilfskräfte an den mit dem Abschluß im öffentlichen Dienst zugänglichen Laufbahnen festgemacht sind.<sup>2</sup> Dabei gab es bereits einen Tarifvertrag, in dem für das Land Berlin eine Angleichung der Vergütungen der studentischen Hilfskräfte praktiziert wurde und – bei wesentlich höheren Stundensätzen als jetzt bundesweit vereinbart – die Differenz auf zuletzt DM 2,05 abgeschmolzen war.<sup>3</sup>

## Warum hat die ÖTV/GEW den Tarifvertrag unterschrieben?

Die beiden Gewerkschaften haben sich mit diesem Abschluß erheblicher Kritik ausgesetzt. In *FH-changes*, der Zeitung der Freien Konferenz StudentINNenschaften an Fachhochschulen, heißt es: *Der Tarifabschluß sieht eine nach Hochschultypen unterschiedliche Bezahlung der Hilfskräfte vor: 17,- DM für die Universitäten, 13,- DM für die Fachhoch-*

*schulen<sup>4</sup>. Was für einige Hochschulen, z. B. für die Fachhochschule Hamburg, sogar eine Verschlechterung bedeutet. Der an dieser Stelle unverständliche Abschluß kam genau zu einem Zeitpunkt zustande, an dem von studentischer (nicht gewerkschaftlicher!) Seite ... eine Klage vor dem Arbeitsgericht Aachen erfolgreich zu Ende gebracht wurde. Die GEW/ÖTV ist von den FHs dringend aufgefordert worden, die Fristlinie am 25. 1. 93 zu nutzen und den Tarifvertrag nicht gültig werden zu lassen, bevor diese Ungerechtigkeit nicht ausgeräumt ist ... Die Diskriminierung zwischen Fachhochschulen und Universitäten hätte aber nicht vorkommen dürfen.*<sup>5</sup>

Die GEW argumentiert: Tarifergebnisse seien immer Kompromisse; wäre es nach den Gewerkschaften gegangen, wäre der Tarifvertrag anders ausgefallen. Da mag die Frage erlaubt sein, warum die ÖTV/GEW den Tarifvertrag unterschrieben hat?

Der Präsident des *hfb* hat in Schreiben die Vorsitzende der Tarifgemeinschaft, Ministerin Heide Simonis, und die Vorsitzende der ÖTV, Dr. Monika Wulf-Mathies, energisch gegen die Schlechterstellung der FH-Hilfskräfte protestiert und gefordert, den Tarifvertrag zu widerrufen. Mit Erstaunen und Ernüchterung hat der *hfb* zur Kenntnis genommen, daß den Gewerkschaften und den Finanzpolitikern offensichtlich nicht an einer Steigerung der Attraktivität des Fachhochschulstudiums gelegen ist.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Wolfgang Waldeyer, Studentische Hilfskräfte an den Hochschulen, DNH 6/92, Seite 18 f.

<sup>3</sup> Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte II zwischen dem Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes in Berlin (VAdöD) und der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Berlin.

<sup>4</sup> Die genauen Stundensätze: siehe Kasten

<sup>5</sup> Arno Kreutzer in *FH-changes* Nr. 3 1993, Seite 11

<sup>6</sup> Man beachte die feinsinnige Unterscheidung zwischen einer Hochschulbildung (an Universitäten) und einer Fachhochschulbildung (an Fachhochschulen)!

## Römpp Chemie Lexikon

Band 5: Pl–S

Von J. Falbe und M. Regitz (Hrsg.), Thieme, Stuttgart, 9. Aufl. 1992, 962 S., Gesamtpreis (Bd. 1–6) DM 1488,-

Das Gesamtwerk des „Römpp“ vervollständigt sich zusehends. Der Band 5 enthält wiederum neue („PSE-Fleisch“, „schadstoffarmes Auto“, „Sicherheitsdatenblatt“) und vor allem wesentlich erweiterte Stichwörter wie „Proteine“, „Recycling“, „Serpentin“, „Sodalith“, „Spinelle“, „Stärke“ und „Stärkederivate“. Auffällig ist eine Ausweitung des Stichwortkomplexes „Poly...“ auf das Eineinhalbfache (80 Seiten!). Anlässe für kritische Anmerkungen sind – wie gewohnt – nur mit Mühe zu finden. So wird unter „Standardpotential“ etwas unzeitgemäß auf „Normalpotential“ verwiesen und nicht umgekehrt.

Reininger

## Römpp Chemie Lexikon

Band 6: T–Z

Von J. Falbe und M. Regitz (Hrsg.), Thieme, Stuttgart, 9. Aufl. 1992, 886 S., Gesamtpreis (Bd. 1–6) DM 1488,-

Außer auf auffällig erweiterte Texte (z. B. unter „Trinkwasser“, „Wasser“, „Wein“, „Zucker“) ist im letzten Band auf den nützlichen lexikalischen Anhang chemischer Begriffe hinzuweisen, der von Englisch/Französisch- auf Italienisch/Spanisch-Deutsch erweitert wurde. – Innerhalb des bemerkenswert kurzen Zeitraums seit Herbst 89 liegt nun der „Römpp“ mit ca. 5300 Seiten vollständig in der neunten neubearbeiteten und erweiterten Auflage vor. Das seit Jahrzehnten konkurrenzlose Werk bietet der Vielzahl von Nutzern, die sich beruflich, im Studium oder aus anderen Interessen mit chemischen Sachverhalten direkt oder mittelbar befassen, schnellen Zugriff zu einer Fülle von präzisen Informationen. Angesichts der Bekanntheit und des bisherigen Erfolgs, der zweifellos auch dieser Auflage beschieden sein wird, erübrigt sich beinahe eine ausdrückliche Empfehlung. Den nur auf den ersten Blick hoch erscheinenden Preis wird man beim Gebrauch und ggf. unter Mitwirkung des Finanzamts schnell verschmerzen.

Reininger

## Grundlagen der Halbleiter- & Mikroelektronik

Band 1: Elektronische Halbleiterbauelemente

Von A. Möschwitzer, Hanser, München/Wien 1992, 3495 S., DM 56,-

Auf der Basis der festkörperphysikalischen Beschreibung der Ladungsträger im homogenen und heterogenen Halbleiter behandelt der Autor die Halbleiterdioden, Bipolartransistoren, Thyristoren und Feldeffekttransistoren. Bei allen Bauelementtypen wird der aktuelle Stand der Fertigungstechnologie und der Halbleitermaterialien – auch GaAs – in die Darstellung einbezogen.

Erfreulich ist, daß über diese Standardbauelementgruppen hinaus auch die in der

Konsumgüterelektronik und Automatisierungstechnik immer wichtiger werdenden optoelektronischen Bauelemente und Halbleitersensoren zur Messung nichtelektrischer Größen berücksichtigt werden.

Die übersichtlichen Abbildungen und die Aufgaben mit Lösungen zu jedem Themenkreis machen das Buch zu einem guten Hilfsmittel neben der Vorlesung. Nach Art und Umfang des Inhalts wendet sich das Buch primär an Studierende der Elektrotechnik an Universitäten und Technischen Hochschulen, aber auch an Fachhochschulen kann es von Nutzen sein. Schmitte

## Elektromagnetische Verträglichkeit

Von K. H. Gonschorek u. a., Teubner, Stuttgart 1991, 519 S., DM 68,-

Die Beiträge des Buches stammen von 13 Autoren. So wurde eine Fülle von Detailwissen zusammengetragen. Dennoch ist wegen der Vielschichtigkeit der Probleme eine komplette Darstellung einfach nicht möglich. Die Beschreibung der Grundlagen führt den Leser gut in das Gebiet ein. Als EMV-Analysemethode wird die Feldanalyse favorisiert. Die zu ergreifenden Maßnahmen umfassen Erdung, Massung, Entkopplung, Schirmung, Verkabelung, Filterung und Schutzschaltungen. Als Anwendungsbereiche werden die Automatisierungstechnik, Informationstechnik, Energietechnik und Kfz-Technik behandelt. EMV-Meßtechnik und EMV-Normen schließen dieses wohlgelungene Werk ab.

Vogelsang

## Modellgestützte Unternehmensplanung

Von Ch. Homburg, Gabler, Wiesbaden 1992, 398 S., DM 49,80

Das Buch richtet sich an Studenten der Wirtschaftswissenschaften mit dem Ziel eines Überblicks über Modelle, Modellbildung und deren Anwendung. Zur Behandlung quantitativer Modelle wird ein Überblick über Entscheidungsmethoden und OR-Verfahren gegeben.

Walden

## Computergrafik

Von W. D. Fellner, BI Wissenschaftsverlag, Mannheim 1992, 418 S., DM 64,-

Der Autor beginnt seine Darstellung mit der Erklärung der technischen Voraussetzungen und Möglichkeiten (Grafische Ausgabegeräte, Farbmodelle, grafische Eingabe), Bilder auf dem Computerschirm zu erzeugen, kommt dann zu Programmier Techniken (Attribute, Transformationen, Fenster, Segmente) und schließlich zu Algorithmen (Projektionen, 2D-, 3D-Darstellungen). Er orientiert sich dabei an den Systemen GKS und PHIGS. Das Buch ist eine anspruchsvolle Einführung bis zu professionellem Niveau, mit zahlreichen Abbildungen und Programmteilen. Es wird unter den wenigen deutschsprachigen Lehrbüchern zur Computergrafik einen hervorragenden Platz einnehmen. Walden

## Kompetenz 2000

Mit Führungswissen zum Unternehmenserfolg

Von J. Beyer u. a., Expert, Ehningen 1992, 161 S., DM 58,-

Der erste Band des Unternehmerkollegs der Technischen Akademie Esslingen, in erster Linie ausgerichtet auf mittelständische Betriebe, verdeutlicht die wachsende Bedeutung von Führungswissen und -fertigkeiten (= Kompetenz 2000) gegenüber den Fachkenntnissen und -fertigkeiten im engeren Sinne. Wer die Seminare der Akademie nicht besuchen kann, hat jetzt die Möglichkeit, sich auf diesem Wege über Corporate Identity, Organisationsentwicklung, strategisches Personalmanagement und das Führen von Führungskräften praxisnah, d. h. unter Einsatz von konkreten Handlungsanleitungen, Formblättern u. a., zu informieren. Die Texte sind durch Skizzen, Schaubilder und Beispiele lesefreundlich aufbereitet. Sie können in Veranstaltungen zur Unternehmensführung Beispiele liefern und machen auf weitere Bände der Reihe gespannt!

Golas

## Taschenbuch mathematischer Formeln und moderner Verfahren

Von H. Stöcker (Hrsg.), Harri Deutsch, Frankfurt/Main, 2. Aufl. 1993, 790 S., DM 29,80

Das preiswerte und handliche Buch ist nicht nur eine ausgezeichnete Formelsammlung und Stoffübersicht der Ingenieurmathematik. In 22 Abschnitte unterteilt, beginnend mit Zahlenrechnen und endend bei Integraltafeln, bringt es zusätzlich kurze Hinweise und Erklärungen zum Stoff. Es werden alle wichtigen Sachgebiete angesprochen. Die Autoren haben sich mit Erfolg um moderne und anwendungsgerechte Darstellungen bemüht. Zu Algorithmen werden kurze Programmstücke angegeben. Die Abbildungen sind zahlreich. Bemerkenswert sind kurze Abschnitte zur Fraktalen Geometrie und zur Pascal-Programmierung. Leider kommt das immer wichtiger werdende Gebiet der mathematischen Methoden der Computergraphik zu kurz. Das Buch hat auch den Vorteil, einen Teil des Schulstoffs zu wiederholen, was von manchem Studenten begrüßt werden dürfte. Es ist für Fachhochschulen bestens geeignet. Walden

## Besser führen

Grundlagen + 7 Problemfelder

Vom Institut Mensch und Arbeit, München 1989, 300 S., DM 230,-

Die Grundlagen und die darauf aufbauenden sieben Problemfelder wenden sich an Führungskräfte oberhalb der Meisterebene. Als Problemfelder sind gegenwärtig verfügbar: Mitarbeitergespräch, Konfliktmanagement, Selbst- und Streßmanagement, Leistungsmotivation, Gruppenprozesse, Qualität als Führungsaufgabe und Management des Wandels (= Umgang mit komplexen Systemen). Der Grundlagenband und die Problemfelder, unter

Mitwirkung renommierter Fachvertreter konzipiert und formuliert, sind optisch und textlich geschickt aufgemacht. Sie erlauben eine Prüfung und Verbesserung des Führungsverhaltens – insbesondere dank der vielfältigen Arbeitsmaterialien (Diagnosebögen, Checklisten, Fallstudien, Handlungsanleitungen usw.). Der Unterlagensatz eignet sich hervorragend zum Selbststudium und für teilnehmeraktive Lehrveranstaltungen. Golas

## Bankbetriebslehre in Übungen

Von H. Bieg, Vahlen, München 1992, 501 S., DM 38,-

Auf 500 Seiten werden von Bieg 6 ausgewählte Bereiche der Bankbetriebslehre beschrieben, analysiert und anwendungsbezogen dargestellt: Bankbetriebliche Leistungen; bankbetriebliche Risiken und Risikobegrenzungen durch Strukturnormen der Bankenaufsicht; Bundesbankpolitik; das externe Rechnungswesen der Kreditinstitute – die Bankbilanzierung; das interne Rechnungswesen der Kreditinstitute – die Bankkostenrechnung; Bankmarketing.

Methodisch-didaktisch geht der Verfasser teilweise neue Wege: Neben der auf den gesicherten Erkenntnissen der Bankbetriebslehre beruhenden Sachdarstellung folgen problembezogene Aufgaben mit entsprechenden Lösungen bzw. Lösungsalternativen. Durch die insgesamt dem Lehrbuch zugrundeliegende Darstellungsdisziplin wird eine ökonomische Lernkonzentration erreicht.

Die Bankbetriebslehre von Bieg basiert auf beim Leser vorhandenem Wissen über die sog. Bankinstitutionslehre und setzt darüber hinaus Grundkenntnisse in Finanzmathematik und Statistik voraus. Den theoretisch geschulden Bankpraktikern wird deshalb der Stoffinhalt ebenso schnell zugänglich sein wie den an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten von Universitäten und Fachhochschulen im Hauptstudium Studierenden.

Sowohl vom Stoffinhalt als insbesondere auch von der Art der Stoffvermittlung kann das vorliegende richtungweisende Lehrbuch ohne Einschränkung empfohlen werden. Ein für den schnellen Einstieg notwendiges Sachregister (Stichwortverzeichnis) sollte allerdings in der zweiten Auflage nicht fehlen.

Korndörfer

## Assessment Center

Entwicklung, Durchführung, Trends.

Von Ch. Obermann, Gabler, Wiesbaden 1992, 354 S., DM 98,-

Die Studie liefert einen wohl fast vollständigen Überblick über ein außerordentlich wichtiges Handwerkszeug der Personalarbeit zwecks Auswahl und Entwicklung der Mitarbeiter, insbesondere hinsichtlich der Schlüsselqualifikation. Das Buch ist aus der Praxis (der Kienbaum-Personalberatung) für die Praxis geschrieben – beleuchtet folglich soziale, rechtliche, ethische, psychologische und betriebswirtschaftliche Faktoren und gibt Beispiele und fundierte Hinweise auf Quellen. Das

Buch kann als Nachschlagwerk für die Konstruktion, Implementierung und Evaluierung von ACs nachdrücklich empfohlen werden.

Golas

### Führungsgrundsätze und Mitarbeiterführung

Von E. Gabele, H. J. Liebel und W. A. Oechsler. Gabler, Wiesbaden 1992. 177 S., DM 52,-.

Die Autoren behandeln aus betriebswirtschaftlicher und organisationspsychologischer Sicht zentral Themen des Personalmanagement: Führungs- bzw. Unternehmensgrundsätze (unter Verwendung von Fallbeispielen) sowie in „erfrischender Art“ Motivations- und Kooperationsprobleme, wobei ein lerntheoretisch fundiertes Konzept zur Verhaltensmodifikation als Handlungsanweisung zum Motivieren angeboten wird. Ein hilfreiches Glossar unterstützt den Studenten bei der Arbeit und empfiehlt das Buch für Seminare des Spezialisierungsbereichs Personal.

Golas

### Personalbeurteilung

Neue Wege zur Bewertung von Leistung, Verhalten und Potential

Von H. Liebel u. W. Oechsler. Gabler, Wiesbaden 1992. 204 S., DM 58,-.

Die Beiträge sind an Wirtschaft und Verwaltung adressiert und liefern außerordentlich wichtige Hinweise für die Neugestaltung der Beurteilung von Leistung und Verhalten sowie Entwicklungspotential der Mitarbeiter. Sie orientieren sich am „management by behavior and results“. Grundlage sollen folglich die für Erfolg bzw. Mißerfolg entscheidenden Tätigkeiten sein, nicht irgendwelche Charaktereigenschaften, die ohnehin kaum gemessen werden können. Auf dieser Grundlage wird das Beratungs- und Fördergespräch als entscheidend herausgestellt. Die Autoren liefern gute Handlungsanleitungen und Umsetzungshilfen einschließlich eines nützlichen Glossars.

Golas

### Mechanische Verfahrenstechnik I

Von M. Stieß, Springer, Berlin 1992. 336 S., DM 68,-

Das Buch ist für Studenten der Verfahrenstechnik an Fachhochschulen geschrieben und gegenüber der Monographie von Rumpf (138 S.) wesentlich ausführlicher gehalten. Im jetzt erschienenen Bd. 1 werden die Kapitel Partikel/disperse Systeme, Partikelgrößenanalyse, Lagern und Fließen von Schüttgütern, Feststoffmischen und Klassieren behandelt.

Die umfangreiche Theorie wird durch Beispielrechnung und Aufgaben ergänzt. Leider gibt das Buch dem in der Praxis stehenden Ingenieur keinen Hinweis, warum Versuchssieben nach DIN 66142 und die Durchtrittswahrscheinlichkeitskurve nach Seite 284 bei Kunststoffkörnern versagt.

Die Kapitel Trennen, Agglomeration, Zerkleinern, Wirbelschicht, pneumatisches Fördern werden des Umfangs wegen im nächsten Band behandelt.

Günther

Fachtagung am 4. März 1993 in Herrenberg, IBM Bildungszentrum, Am Fichtenberg 1

### Kooperationsmodelle Hochschule – Wirtschaft

Die IBM-Bildungsgesellschaft veranstaltet gemeinsam mit dem Hochschullehrerbund, Landesverband Baden-Württemberg, eine Fachtagung mit folgendem Programm:

9.00 Uhr **Eröffnung** durch **Dr. W. Ischebeck** (IBM) und **Professorin Dr. Dorit Loos** (Vorsitzende des hlb-Landesverbandes Baden-Württemberg)

Vortragsfolge:

**Prof. Dr. Dorit Loos**, Bericht des Arbeitskreises Qualifikationsbedarf 2000

**Dr. W. Faix**, 'Hochschulen als Weiterbildungspartner – Bericht über durchgeführte Kooperationen der IBM mit verschiedenen Fachhochschulen

**Dr. L. Hofmann**, Weiterbildungsmanagement – Von der Bedarfsplanung bis zum Transfer

Zum Abschluß der Tagung **Computer Based Training – Multimedia-Demonstration**

Interessenten wenden sich an Dr. L. Hofmann, Telefon (070 32) 155 21, oder Professorin Dr. Dorit Loos, Telefon (0711) 68 25 08.

Fachtagung am 25. März 1993 in Köln im Haus der Deutschen Industrie, Gustav-Heinemann-Ufer 84–88

### Auf dem Prüfstand: Ingenieurstudium an Fachhochschulen

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und der Hochschullehrerbund (hlb) veranstalten am Donnerstag, 25. März 1993 in Köln eine Fachtagung.

Eröffnet wird die Fachtagung um 10.00 Uhr von **Dr. Josef Siegers** (Mitglied der Hauptgeschäftsführung BDA) und **Professor Dr. Reiner Brehler** (Präsident des hlb).

**Professor Dr.-Ing. Hans Weinerth** (Vorsitzender der Deutschen Kommis-

sion für Ingenieurausbildung DKI) und **Prof. Dr. Klaus-Michael Meyer-Abich** (Mitglied des Vorstandes im Kulturwissenschaftlichen Institut, Essen) sprechen zum Thema **Der Beitrag der Fachhochschulen zum technischen Fortschritt**. Die anschließende Diskussion wird von Professor Brehler moderiert.

**Das Berufsbild des Ingenieurs und Anforderungen an die Fachhochschule** werden definiert von **Dr. Werner Dostal** (Wissenschaftlicher Direktor im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg), **Dr. Wilfried Vetter** (Leiter Zentrales Personal- und Ausbildungsweesen, MERCK, Darmstadt) und **Prof. Dr. Helmut Groh** (Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Technik des Saarlandes). Die Moderation der anschließenden Diskussion liegt bei **Hans-Jürgen Brackmann** (Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA).

Die Fachtagung wird abgeschlossen mit einer Podiumsdiskussion zum Thema **Praxisorientierung: Brauchen wir eine veränderte Hochschulausbildung?** Unter der Gesprächsleitung von **Professor Dr. Winfried Schlaffke** (Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft IW) diskutieren **Hans-Jürgen Brackmann** (BDA), **Ulf Fink** (Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB), **Hans-Rainer Friedrich** (Ministerialdirigent, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft BMBW), **Ingo Gensch** (Personalvorstand Drägerwerk AG, Lübeck), **Professor Dr. Toni Hochmuth** (Ministerialdirigent im Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW), **Professor Dipl.-Ing. Dietmar von Hoyningen-Huene** (stellv. Vorstandsmitglied der Fachhochschulrektorenkonferenz, Rektor der Fachhochschule für Technik, Mannheim).

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Interessenten wenden sich an Dr. Hubert Mücke, Geschäftsführer des hlb, Rüngsdorfer Straße 4c, W-5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 35 22 71, FAX (02 28) 35 45 12.

# Fach- bücher infor- mieren

- 1 **Handbuch Kesselbetriebstechnik**  
von Dipl.-Ing. Fritz Mayr, TÜV Bayern,  
5., wesentlich verbesserte und erweiterte  
Auflage 1992, DIN A 5, 690 Seiten mit zahl-  
reichen Abbildungen, DM 148,-  
ISBN 3-87806-033-5
- 2 **Fragen und Antworten zur Kesselbetriebstechnik**  
von Dipl.-Ing. Fritz Mayr, TÜV Bayern,  
3., verbesserte und erweiterte Auflage 1992,  
DIN A 5, 189 Seiten, DM 46,-  
ISBN 3-87806-088-2
- 3 **Dampferzeugerpraxis**  
Grundlagen und Betrieb  
von Dipl.-Ing. Heinz Lehmann  
2. Auflage 1990, DIN A5, 592 Seiten,  
540 Bilder, 100 Tabellen, DM 178,-  
ISBN 3-87806-117-X
- 4 **Handbuch Wärme**  
Beschreibungen, Definitionen, Richtlinien,  
Formeln, Tabellen, Diagramme und Abbil-  
dungen für alle Bereiche der Wärmetechnik  
von Professor Dr.-Ing. Heinrich Netz,  
überarbeitet von Dipl.-Ing. Fritz Mayr.  
3. Auflage 1991, DIN A5, 486 Seiten,  
178 Bilder, 224 Tafeln, DM 118,-  
ISBN 3-87806-001-7
- 5 **Wärmeträgertechnik**  
mit organischen Medien  
von Dipl.-Ing. Walter Wagner  
4. Auflage 1986, DIN A5, 624 Seiten,  
195 Bilder und 50 Tabellen, DM 110,-  
ISBN 3-87806-009-2
- 6 **Verbrennung und Gasgewinnung bei Festbrennstoffen**  
von Prof. Dr.-Ing. H. Netz  
1982, DIN A5, 196 Seiten, DM 45,-  
ISBN 3-87806-057-2
- 7 **Die KWK-Fibel**  
von Dr. Karl-Heinz Suttor und  
Dipl.-Ing. Wolfgang Suttor  
1988, DIN A5, 120 Seiten, DM 54,-  
ISBN 3-87806-116-1
- 8 **KWK - Software**  
Eine ideale Ergänzung zum Buch  
„Die KWK-Fibel“ für IBM-kompatible PC  
DM 54,-
- 9 **Wärmezähler von A bis Z**  
von Dipl.-Ing. Horst Lutz  
1987, DIN A5, 196 Seiten, DM 48,-  
ISBN 3-87806-100-5
- 10 **Mehrfachnutzung industrieller Prozeßwärme**  
hrsg. von Dipl.-Ing. Hans-Hermann Ingwersen  
Autorengemeinschaft:  
Dr.-Ing. Paul, Dipl.-Ing. Ebersbach,  
Dr.-Ing. Jung, Dipl.-Ing. H.-H. Ingwersen u. a.  
Wärmerückgewinnung - Abwärmenutzung -  
Kraft-Wärme-Kopplung - Wärmepumpen -  
Brüdenverdichtung - ORC-Prozesse  
1986, 364 Seiten, DM 100,-  
ISBN 3-87806-089-0
- 11 **Strategien und Prognosen in der Energiewirtschaft**  
von Dr.-Ing. Wolfgang Horrrighs  
1987, DIN A5, 104 Seiten, DM 46,-  
ISBN 3-87806-102-1
- 12 **Energieversorgungskonzepte: Von der Planung zur Praxis**  
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(DIW) und Prognos AG  
1987, DIN A5, 235 Seiten, DM 98,-  
ISBN 3-87806-106-4
- 13 **Falsch geheizt ist halb gestorben**  
von Dipl.-Ing. Alfred Eisenschink  
6. Auflage 1990, DIN A5, 311 Seiten, DM 39,50  
ISBN 3-87806-043-2
- 14 **Energietechnische Software**



**Resch Zeitschriften  
aktuell und unabhängig**

**Resch Verlag**  
Postfach 12 60  
D-8032 Gräfelfing  
Telefon 089/8 58 07-17

Senden Sie uns bitte kostenlos

- Prospekte zu folgenden Energie-Büchern Nr. \_\_\_\_\_
- Verlagsprogramm
- Probehefte von \_\_\_\_\_

**Resch Verlag**

- Vertrieb -

Postfach 12 60

D-8032 Gräfelfing

Name \_\_\_\_\_ Firma \_\_\_\_\_

Straße / Postfach \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Preisliste

Stand: 1.1.93

### TECHNIK / ORGANISATION

**UNICON für Maßeinheiten\***  
DM 195,50  
**SANKEY für Flußbilder\*\***  
DM 977,50  
**POLYGEN für Ausgleichskurven\*\***  
DM 437,-  
**DIAGRAMME\***  
DM 69,-  
**DVS für Dokumentenverwaltung\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**FICHTNER AutoCAD Menüoberfläche\*\*\***  
Preis auf Anfrage

### ENERGIE- und UMWELTMANAGEMENT

**DISKUS Prozeß-Visualisierung\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Energieverbrauchs- und Betriebsstatistik\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Simulation von Kraftwerken\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Tutor\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Warten-Kontroll-System\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Elektro-Verbrauch\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Optimierung im Kraftwerk\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Intervall\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**DISKUS Medi\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**FUCS Fichtner-Umwelt-Controlling\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**EMSY Energiemanagementsystem\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**STOSYS für stochastische Systembetrieboptimierung\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**KPRO Kreisprozeßoptimierung\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**ELS Elektronisches Schichtbuch\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**FVS für Freischaltanforderungen\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**AVS für Anlagenverwaltung\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**ENERGIE-KNOW-HOW Zähler\*\*\***  
DM 10.350,-  
**ENERGIE-KNOW-HOW Management\*\*\***  
DM 17.250,-  
**STROMMAX für Maximumregelung\***  
DM 3.450,-

# SOFTWARE



**KEKOS für Kesselkosten-Kalkulation\***  
DM 5.750,-  
**BHKW für Auslegung und Optimierung\*\***  
DM 2.300,-  
**KWK für Wirtschaftlichkeitsabschätzung\***  
DM 54,-  
**Rohr-Dämmdickenberechnung\*\***  
Grundmodul DM 862,50  
je Erweiterungsmodul DM 632,50  
Alle vier Module DM 2.530,-

### ENERGIE- und VERFAHRENSTECHNIK

**DIALOG Ingenieurberechnungen\*\*\***  
Preis auf Anfrage  
**WADA Wasserdampf tafel\*\***  
DM 920,-  
**BLENDE für Meßblenden\*\***  
DM 1.138,50  
mit Grafik DM 1.495,-  
**Wärmetechnik Komponenten\*\***  
DM 690,-  
**Wärmetechnik Kraftwerke\*\***  
DM 3.450,-  
**Feuchte Luft\***  
DM 138,-  
**GANET für Gasnetze\***  
DM 5.750,-  
**FLOWCHART für Schaltschemata\***  
DM 5.692,50

### BIOTECHNIK

**Lernspiel „Die Immun-Antwort“\***  
DM 172,50

### KOMMUNALTECHNIK

**COMMUNA-LUX für Straßenbeleuchtung\*\*\***  
ab DM 7.618,75

### BAUTECHNIK

**DIN 4108 / ÖNOB 8110\***  
DOS-Version DM 920,-  
DOS-Version mit Grafik DM 1.840,-  
OS/2-Version DM 1.380,-  
OS/2-Version mit Grafik DM 2.760,-  
**DIN 4701 / ÖNOM 7500\***  
DOS-Version DM 1.150,-  
DOS-Version mit Grafik DM 2.300,-  
OS/2-Version DM 1.725,-  
OS/2-Version mit Grafik DM 3.450,-  
**DIN 4725 / ÖNOM 7560\***  
DOS-Version DM 1.840,-  
DOS-Version mit Grafik DM 3.680,-  
OS/2-Version DM 2.760,-  
OS/2-Version mit Grafik DM 5.520,-  
**DINESPAR / ONOESPAR\***  
DOS-Version DM 1.725,-  
DOS-Version mit Grafik DM 3.450,-  
OS/2-Version DM 2.587,50  
OS/2-Version mit Grafik DM 5.175,-  
DIN / ÖNOM-Software im Paket:  
2 verschiedene Module 20% Rabatt  
3 verschiedene Module 25% Rabatt  
4 verschiedene Module 30% Rabatt  
5 verschiedene Module 35% Rabatt  
**EVEBI für Gebäude-Energieberatung\***  
DM 2.179,25

### MASCHINENBAU

**BIEGEN\***  
DM 609,50  
**ECKE\***  
DM 172,50  
**KETTE\***  
DM 402,50  
**SCHRAUBE\***  
DM 667,-  
**FEDER\***  
DM 368,-  
**PASSFEDER\***  
DM 299,-  
**WELLE\***  
DM 851,-  
**GURT\***  
DM 1.552,50  
**GURT mit Teilabschnittberechnung\*\*\***  
DM 2.127,50  
**GURT Vollversion\*\*\***  
DM 17.250,-  
**KEILER\***  
DM 253,-  
**LAGER\***  
DM 770,50

\*) Kostenlose Demo-Diskette  
\*\*) 14-Tage-Test Schutzgebühr DM 50,-  
\*\*\*) Präsentation nach Absprache

**RESCH VERLAG**

Postfach 12 60 · 8032 Gräfelfing · Telefon 089/8580741 · Fax 089/8580762

- Ich bestelle die Software \_\_\_\_\_
- Ich bestelle eine kostenlose Vorfür-Diskette zu der Software \_\_\_\_\_
- Ich möchte die Software \_\_\_\_\_ unverbindlich gegen DM 50,- Schutzgebühr 14 Tage lang testen  
Diskettenformat:  5,25" DD  5,25" HD  3,5" DD  3,5" HD
- Ich möchte mehr Informationen zu der Software von Resch \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Straße, Postfach \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_